

Wahlberechnungen in geschlossenen Sälen durch die Stadt zu einer Zahl von etwa 2000. Die Abendfeier findet im städtischen Lokal im Zoologischen Garten statt.

Mün. Die Veranstaltung an der Meißner war allenthalben erheblich stärker als bisher. Die Morgenversammlung war von 2000 Personen besucht, nachmittags war Gartenfest und abends in 10 überfüllten Lokalen die übliche Feier. Die Resolution wurde verbunden mit einem Freisetzt gegen die Wehrvorlage.

Eberfeld. In Eberfeld und Varmen hatte die Meißner eine sehr starke Beteiligung aufzuweisen. Vormittags fanden in Eberfeld und Varmen zwei überfüllte Versammlungen statt, die vorzüglichen Verlauf nahmen. Nachmittags zogen die Eberfelder und Varmer Genossen in athenischen Zügen nach zwei großen Sommerlokalen der Umgegend, auch hier war die Beteiligung sehr stark. Das gute Wetter begünstigte die Veranstaltungen besonders. Die Abendfeiern bestanden in vier überfüllten Versammlungen.

Düsseldorf. Die Vormittagsversammlung war von 1800 Personen besucht. In der Nachmittagsdemonstration nahmen 5000 teil, abends finden 12 Festlichkeiten statt.

Offen. In einem Ausflug beteiligten sich 4000, an der Morgenversammlung 5000 Personen. Abends finden zwölf Versammlungen statt.

Politische Uebersicht.

Mit Gewalt ist nichts zu machen.

Der Kriegsminister v. Seeringen hat sich am Dienstag in der Kommission wegen seiner neuerlichen Erklärung über das Duell vor der mächtigen Zentrumspartei in Wort und Tat ganz kläglich enttäuscht, ohne jedoch in der Sache ein Zentimeter seines ursprünglichen Standpunktes aufzugeben. Indessen haben seine Worte genügt, um den Wind im Zentrumslager vollständig umzuschlagen zu lassen. Es zeigt sich hier wieder, daß es dem Zentrum nur darauf ankommt, die Duellfrage als Pressemittel gegen die Regierung in der Resolutionsangelegenheit auszuspielen. Ein solches Interesse an der Vereinfachung von Verhältnissen in der Armee wird man beim Zentrum vergebens suchen.

In der Kommissionserklärung, in der sich der tapfere Kriegsminister wegen der ungewollt scharf klingenden Äußerung seiner Worte von neuem so demütig entschuldigte, findet sich auch ein Satz, der über die Einzelfrage des Duellstrafs hinaus allgemeine Interesse beansprucht. Nachdem nämlich Herr v. Seeringen — Hand aufs Herz! — versichert hatte, auch er halte das Duell für ein Uebel, erklärte er sofort: „Seine gewaltsame Vereinfachung ist aber nicht möglich“. Dieses Bekenntnis zur justifizierten Gewaltlosigkeit aus dem Munde eines Ministers klingt doppelt interessant, wenn man sich erinnert, was man sonst über die Achtung vor dem Geiste und die Erhaltung der Staatsautorität von den Vätern der Regierung her zu hören gewohnt ist. Geht es gegen freilebende Arbeiter, die einen Streikbrecher einen Streikbrecher genannt, die ihn mit spöttischen Zureufen bedacht oder ihm sonst irgendwie ihre Nichtachtung bekundet haben, dann wird gegen dergleichen Sünder mit eiserner Faust vorgegangen, und jede Gewaltandrohung, die von der Regierung ihnen angedroht wird, wird von den Jüngern mit jubelndem Beifall begrüßt.

Im Falle des Duells handelt es sich um ein System, das die Offiziere durch Entlassung, gesellschaftliche Achtung und Vernichtung ihrer Existenz zur Uebertretung des Gesetzes zwingt. Wo bleiben aber hier die demnächstigen Ministerreden gegen Terroristen und Gesetzesverächter. Ganz kleinlaut wird da erklärt, daß gegen solche organisierte Gesetzesverletzung mit Gewalt nichts zu machen sei. Das Offizierskorps darf seine besonderen Begriffe von Standesehre in barbarischen und verbrecherischen Normen betätigen, es darf das nicht nur, es muß sogar, weil es durch den Druck von oben dazu gezwungen wird. Dagegen ist laut Regierungserklärung mit Gewalt nichts auszurichten, da muß mit Sanftmut und Geduld verfahren werden, muß man von zwei Augen womöglich drei zudrücken. Aber wehe dem Arbeiter, der seinen wohlbegründeten Anschauungen von der Ehre seines Standes gegenüber den

Verlegern dieser Standesehre, den Streikbrechern, auch nur in vorstichtiger Weise Ausdruck verleiht. Da ist mit Gewalt schon etwas zu machen, und der Gesetzesverlezer steigt ins Loch.

Die Staatsgewalt hat herbe Stiefel, um die Niederen zu treten; aber sie hat auch einen geschmeidigen Rücken, um sich vor den Höheren zu verbiegen. Immer, immer wieder, bei jeder Gelegenheit, erfährt man es!

Deckungswirtware.

Die Kommission zur Beratung des Branntweinsteuer-Gesetzes erlebte am Mittwoch, da sie zu ihrer ersten Sitzung kam, einen Vormittag der Ueberrassungen. Nach einer lebhaften Debatte wurden in der allgemeinen Beratung unheilbare Pechschiffe gefischt, da sich die Mittelparteien der durch die Erklärungen der Rechten wie der äußersten Linken geschaffenen neuen Situation nicht gewachsen zeigten. Für den Stand der Deckungsfrage gilt zunächst ein Ausspruch, den ein nationalliberaler Redner am Ende der Sitzung im Geiste des allgemeinen Aufbruches tat: Das letzte Wort ist in der Sache noch nicht gesprochen.

Die erste Ueberrassung war, daß die Konservativen die Vorlage sofort kaputt machten, indem sie beantragten, daß von den erwarteten 36 Millionen gleich 16 den Brennern zur Verbilligung des Brennspiritus rückvergütet seien. Die Verwirrung stieg noch, als die Sozialdemokraten anstatt der geplanten allgemeinen Heraushebung der Steuer auf 125 Mk. ihre allgemeine Herabsetzung auf 105 Mk. beantragten, und sich bereit erklärten, für den Fall der Annahme ihres Antrags an der Einführung einer Reichserbschaftsteuer mitzuwirken. Die Konservativen benutzten nun diese Gelegenheit, um den fürerlichen Parteien die Pistole auf die Brust zu legen durch die Erklärung, sie würden, falls ihr Antrag auf Rückvergütung der 16 Millionen abgelehnt werde, mit den Sozialdemokraten für die Herabsetzung der Branntweinsteuer auf 105 Mk. stimmen. Statt nun den Konservativen dazu Gelegenheit zu geben und damit den Weg für die Reichserbschaftsteuer freizumachen, schloßen sich zwei nationalliberale Vertreter der schwarz-blauen Koalition an, und so wurde mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Branntweinsteuer auf 125 Mk. fortzusetzen, von dem erwarteten Ertrag aber gleich 16 Millionen wieder zum Nutzen der Biener den Zwecken der Allgemeinheit zu entziehen.

Die Regierung hat den Ertrag der Aufhebung der Liebesgabe mit 36 Millionen nach allgemeinem Urteil schon zu hoch angesetzt. Es ist dabei als höchst wahrscheinlich anzunehmen, daß der Ertrag der funkelricht vergällten Regierungsvorlage 20 Millionen noch nicht erreichen wird. Da aber die erwarteten 36 Millionen bekanntlich zur Deckung der Kosten der Wehrvorlagen noch lange nicht ausreichen, wird durch den Beschluß der Kommission die ganze Deckungskomödie vollends zur reinen Posse.

Es ist klar, daß auf dem Wege, den die Kommission am Mittwoch dank der Unschlüssigkeit und Uneinigkeit der Nationalliberalen beschritten hat, nicht weitergegangen werden kann. Eine Möglichkeit, zu einer zweckdienlichen Lösung des verwickelten Problems zu kommen, besteht nur noch auf dem Wege, den die Sozialdemokraten jetzt haben: Abschaffung der Liebesgabe durch allgemeine Herabsetzung der Branntweinsteuer und Einführung einer Reichserbschaftsteuer. Man sieht, die Sozialdemokratie ist zur „positiven Arbeit“ bereit, die Regierung hat eine Wehrheit für die Erbschaftsteuer, wenn sie will. Nun können Herr v. Bethmann und die Parteien, die sich für die Reichserbschaftsteuer ausgesprochen haben, zeigen, ob es ihnen mit ihren Erklärungen ernst ist.

Eine pfiffige Idee.

Das preussische Dreiklassenhaus hat bekanntlich schon vor Jahr und Tag das Arsenal der „staatlichen Machtmittel gegen die Sozialdemokratie“ um das Prachtstück eines

Polizeikommissars bereichert, der auf Befehl des Präsidenten Abgeordnete, die sich bei der Rechten misshandelt gemacht haben, aus dem Sitzungssaal hinauswerfen soll. Da sich aber leider die Sozialdemokraten diesem Mittel staatlicher Fürsorgeziehung gegenüber gänzlich unzugänglich gezeigt haben, und man die Anwendung dieses ultimativermaßen wohl aus gewissen nahegelegenen Gründen schenkt, sind die Gelehrten des Zentrums seitdem Tag und Nacht bemüht gewesen, ein neues Mittel ausfindig zu machen, dessen Anwendung unter milder heftigen Begleiterscheinungen zu probaterer Wirkung führen soll. Jetzt liegt das Ergebnis dieser angestrengten Gehirnarbeit vor in einem Vorschlag, der nicht mehr und nicht weniger bezweckt, als den gegen den Stachel lösenden Volksvertretern der Proleten höher zu hängen. Man plant eine Uebersetzung des Disziplinargesetzes, durch die ermöglicht werden soll, die unbotmäßigen Abgeordneten durch Entziehung der Tagegelde in der Dauer von einem Tag bis zu vier Wochen zu bestrafen!

Es entspricht ganz der Denkweise der konservativen Schutzgarde des Portemonnaies, wenn sie nun endlich zur Offenstube übergehen und auf das Portemonnaie der sozialdemokratischen Abgeordneten einen kühnen Angriff unternehmen will. Nur hat sie dabei völlig übersehen, daß hinter den Angegriffenen eine Organisation steht, die jahrzehntelang, bis zur Einführung des Disziplinargesetzes im Reichstag, ihren Parlamentarier die materielle Möglichkeit zur Ausübung ihrer Mandate in ausreichender Weise geboten hat. So würde zur Not auch ein Gesetz, das den Bezug preussischer Landtagsblätter: das Nachweis staatsverhaltender Bestimmung abhängig macht, ertragen werden können, ohne daß die Sozialdemokratie infolge dessen etwa an Erschöpfung zugrunde ginge. Wir können den Erfindern des neuen Mittels zur Mundtotmachung der sozialdemokratischen Opposition, ehe sie sich durch Annahme des Patents unnötige Kosten machen, ein Geheimnis verraten, das für die Zukunft ihres Planes vielleicht nicht ohne Bedeutung ist. In Berliner Parteikreisen zirkuliert nämlich die Idee, jedesmal, wenn ein Sozialdemokrat zu Disziplinierung verurteilt ist, eine Deputation nach dem preussischen Abgeordnetenhause zu senden, die ihm den ausfallenden Betrag in feierlichem Aufzuge auf silberner Platte entgegenbringt.

Unter solchen Umständen wird für die Gelehrten der Rechten wohl nichts anderes übrig bleiben, als ihren Scharfsinn in anderer Richtung zu versuchen. Wir sind uns schon längst darüber klar, daß es ohne die Verletzung des Rechts zur körperlichen Züchtigung an den Klassenlehrer, Herrn v. Erffa, nicht abgehen wird. Derieles Träume reifen der Erfüllung entgegen.

Polizeipöbel, Fürsorgeziehung und Gefängnisse.

Genosse Hirsch brandmarkte die Korruption des Spitzwesens, die durch die kontrollierte Uebersetzung und Verwendung des 300.000 Mark-Gheimfonds gefördert, ja erzeugt wird. — Genosse Vorcharp stellte einen bedeutenden Gegenlag zwischen den lebenswerten Einblättern der Fürsorgeziehung und ihrer Prognostik. Herr Schep, der Fortschrittler warf sich zum Verteidiger des „Religionsunterrichts“ auf, dessen Gegenart vom Zentrum sofort durch kuriose Auslegung der Bibel, wo sie antimammonistisch ist, illustriert wurde.

Beim Gefängniswesen zeichnete Gen. Sieblich die Richtungslinien einer wirklich der Personalisierung dienenden Einrichtung der Gefängnisse. Seine Klage über die empörende Behandlung des Genossen Redakteurs Mehlich im Gefängnis blieb unbeantwortet.

Zur Feier des 1. Mai gab es eine Abendfeier!

Der Vogt von Zylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

13.

Der Staatsrat hatte inzwischen eine Unterredung mit Lorenzen, die im Wagen begonnen hatte und in seinem Zimmer fortgesetzt wurde.

„Es war ein glückliches Zusammenreffen, daß ich Sie auf meinem Wege fand und mitnehmen konnte“, sagte er. „Sie werden gelacht und sollen Wichtiges hören.“

„In der Höhe hat man jedoch die Nachricht von der Revolution in Paris verbreitet“, sagte Lorenzen.

„Nun?“ fragte Hammerstein, „wie war die Wirkung?“

„Ein allgemeiner Jubel“, erwiderte Lorenzen.

„O! die Karren“, rief der Staatsrat. „Es ist damit wie mit dem Königtum der Offenbarung. Süß schmeckt er auf der Zunge, aber das Rauchgrimmeln folgt hinterher. Der ganze künstliche Schuldenbau von Staatsverträgen wird in Europa uns Wackeln geraten, und beim ersten Anstoß nützt uns er zusammenzusinken. Was sprach man weiter? Die äußerte man sich über die nächsten Folgen für uns?“

„Man war überzeugt, daß die Wünsche und Rechtszufolge aller Völker jetzt endlich erfüllt werden müssen.“

„Das heißt“, fiel der alte Herr ein, „man spürte ein Verlangen, es den Franzosen nachzumachen. O ja, in Belgien werden sie es tun, vielleicht in Italien, und ganz gewiß wird man in Deutschland Nähe haben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, bei uns aber hat es glücklicherweise nichts zu sagen.“

„Meinen Sie, daß man gar nichts tun wird?“ fragte Lorenzen.

„Nichts tun, als ein paar Schreier bei den Ohren nehmen“, rief Hammerstein, „und einige beruhigende Worte hinterher. Das ist alles was nötig ist. Wir haben im Staatsrat heute die Sache nochmals beraten. Konsequenz und Energie, das sind die einzigen Mittel, um über den ersten Sturm fortzukommen. Es wird nicht an Anleitungen fehlen, aber nur ein Beispiel gegeben, an dem es auch selb, so steht die Blut und verläuft sich.“

„Und wenn sie sich nicht verkauft?“ fiel Lorenzen ein.

„Selen sie unbesorgt“, sagte der Staatsrat, „ich habe heute schon ähnliche Antworten widerlegt. Der Tag kann kommen, wo man nachgeben und etwas tun muß, aber noch ist er nicht da. Der König selbst hat eine landständische schwache Kammer, wenigstens hörte er auf den Vorschlag, Provinzialstände einzurichten nach preussischer Muster, das heißt ein bloßer Wer

eine Wunde decken, unter welchem der Eiter weiter kriecht. Ich habe das Gefährliche eines solchen Quackalbermittels dargelegt und glaube, man denkt nicht mehr daran. Aber man hat Besorgnis vor Aufregung, besonders drüben in den deutschen Provinzen. Ich habe das bestirmt und Ihr Zeugnis vorgelegt.“

„Mein Zeugnis?“ rief Lorenzen erstaunt.

„Sie kennen die Stimmung am besten“, rief Hammerstein. „Sie haben, wie ich weiß, im fortgeschrittenen Reichthum mit Herrn Freunden in Kiel, in Schleswig und in Ihrer nächsten Heimat. Sie können daher dem König die genaueste Auskunft darüber geben, daß gar nichts zu besorgen ist.“

„Das kann ich in der Tat nicht geben.“

„Nicht?“ rief der Staatsrat. „Ich will mich hängen lassen, wenn außer in den paar Städten im ganzen Lande ein Mensch eine Verfassung verlangt, oder von dem Erbfolgekönig etwas weiß.“

„Er würden Sie unfehlbar gehängt werden“, erwiderte Lorenzen trocken.

„O. Tassen!“ rief Hammerstein. „Denken Sie kaltblütig nach und Sie werden finden, daß ich recht habe. Es gibt kein Volk, das von den sogenannten idealen Vätern unserer Freiheitskämpfer das geringste wollte. Ein Volk will sich fast offen, will Arbeit haben will Geld verdienen, um Geld ausgeben und leben zu können. Geht es ihm materiell aus, so fragt es viel nach Freiheit, Vertretung, Rechnungswesen, Steuerbewilligung und was man sonst ihnen als Paradies vorhält.“

„Aber es wird nicht zum materiellen Wohl zu barbarischen Ausrauben und reichen Einnahmen, zur freien Benutzung aller seiner Kräfte gelangen, so lange es keine Kammer erwählter Vertreter und Öffentlichkeit besitzt, so lange es nicht seine Steuern und Lasten selbst bestimmt und seine Gesetze selbst macht.“

„Darüber sind Sie also wirklich noch nicht hinaus“, rief der Staatsrat lachend. „Da die Bauern drüben in Norwegen, die ihrem sogenannten Könige sogar das unbedingte Veto genönnen und den Adel aufgehoben haben, sie mögen allenfalls mit Pumpen Kautschuk ihren Bauernhäusern wie einen Bauernhof zieren, eine andere Gliederung der Gesellschaft und der Verhältnisse sieht das nicht zu. Wir haben König, Hof, Herr, Beamten, Adel, Paten und Mäzenaten mit atödem Grundbesitz; wir haben historische Grundbesitzer und ein Volk, das an absoluten Revolutionen gewöhnt ist.“

„In den Heratutürmen“, erwiderte Lorenzen, „besitzt der Adel den kleinsten Teil des Landes. Der Bauer ist frei und wohlhabend.“

„Aber er schert sich den Senker darum, ob er verfassungsmäßig wohlhabend ist, oder ob er von Kopenhagen aus mit

und einseitig regiert, sein Korn und sein Vieh verkaufen und sein Geld in die Tasche stecken kann. Hören Sie mich an, Lorenzen Sie können jetzt alles gewinnen, was Sie wollen. Der König denkt daran, Sie in sein Kabinett zu berufen. Er braucht einen Kabinettsrat, der sein ganzes Vertrauen hat. Wie wichtig dieser Platz ist, habe ich nicht auszuführen; es kann nichts Bedeutendes geschehen, was nicht durch Ihre Hände ginge.“

„Wenn der König mich in seine Nähe ruft“, sagte Lorenzen, „so werde ich sein Vertrauen rechtfertigen.“

„Das werden Sie ganz gewiß“, antwortete Hammerstein, „und dem Geheimen Kabinettsrat Fr. Maleski steht die glänzende Zukunft offen. Ich und meine Freunde, wir haben Sie vorgeschlagen und des Königs Absichten gefördert. Wollen Sie aber in jene wichtige Stellung gelangen, so lassen Sie sich durch den aufreißenden Augenblick nicht etwa zu einer Torheit fortziehen, die alles verderben würde.“

„Sie müssen sich jetzt entscheiden“, fuhr er fort, „jetzt und für immer. In Kiel gibt es einen Kreis von Adressen, die Professoren und unruhigen Köpfe aller Art, die, wie man berichtet worden ist, eine Versammlung gehalten haben, in welcher viel geklärt und geklört wurde. Man nannte dabei auch Ihren Namen, Lorenzen, und Sie einen Patriot auf den man sich verlassen könne, einen echten deutschen Mann, einen energischen Vertreter der Rechte des Vaterlandes, der die bänische ungerechte und übermäßige Beherrschung daste und verachte. Sie haben Briefe an Freunde geschrieben, in welchen Sie nicht vorzüglich gedenken sind. Sie sehen, wie diese sogenannten Freunde Ihre vertrauten Mitteilungen ausbeuten.“

„Ich habe nichts geschrieben, was ich nicht offen vertreten könnte“, fiel Lorenzen ein.

„Ich will es ändern“, erwiderte Hammerstein, „aber damit helfen Sie auf keinen Fall das Ministerium, das von mancher Seite sich hier schon gegen Sie regt. Man hat Sie auch mit unsern Wählern als Nationalisten in Verkehr gefunden, — man glaubt es wenigstens, ich glaube es nicht; denn ich mischte mich sehr irren, oder Sie haben für Einschüflerungen, die vor dort her kommen, kein Ohr.“

„Gewiß nicht“, erwiderte Lorenzen.

„So seien Sie jetzt offen allen den laienigen Freunden und Verjudern, daß sie nicht weiter von Ihnen zu erwarten haben. Der König wird Sie heute noch rufen lassen, übernehmen Sie das neue ehrenvolle Amt mit einer Erklärung, die Sie gleich ganz feststellen wird. Lassen Sie ihm ab, er wird etwas an dem bisherigen System zu ändern. Stellen Sie ihm die Möglichkeit eines erst in Schritten vor und seien Sie überzeugt, daß er mit einem feinen Lächeln hinzu, daß Sie dadurch auf keinen Fall in seiner Gnade etwas einbüßen werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Stadt-Theater.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Der Strehlein“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Sum 1. Male“.
„Oberst Chabert“.

Lobe-Theater.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Don Juan's letztes Abenteuer“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter“.

Thalia-Theater

Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Der große Tote“.
Sonntag, 7 1/2 Uhr:
„Der Wiberpelz“.
Vollständiger Freitag und Sonntagabend
von 10-12 Uhr, im Stadt- und Thalia-
Theater.

Schauspielhaus.

Donnerstag, 8 Uhr:
„Eva“.
Freitag, 8 Uhr:
„Die schöne Willette“.

Lieblich's Etablissement

Gastspiel des Berliner Venus-
Schauspielhauses. 3783
Heute und folgende Tage:
„Eine Million“
Büchse in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr.

Viktoria-Theater

Die tolle Büchse
„Breslau auf Stelzen“
mit Max Marzelli
und die neuen Kunstkräfte.
Anf. 8 Uhr. Bons wochent, gültig. 3788

Palmengarten

Fortsetzung des 3778
Orangen-Festes.
Neue Kapelle.
Dam.-Blasorchester „Götze“.

Dominikaner.

3880 Jeden Abend:
Droschkenkutscher 1000 u. 1.

Möbel
Spiegel
Polsterwaren
einfacher
bis eleganter
Ausführung
Teppiche, Port.
Läuferstoffe,
Stoppbed., Gardin.
5246
Bequeme
wöchentliche
monatliche und
vierteljährliche
Teilzahlung
Ausw. franco!
Strengste
Diskretion.

H. Koch
Klosterstr. 14.
Gegründ. 1880

Eduard Bornstein:
Die
verschiedenen Formen
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Pflanzenbutter-Margarine
weiß, weich, mit Butter-
geschmack. 58 Pfg.
die in Qualität, wie
Rollerbut., 1/2 Pfund
5822) 69 Pfg.
erhalten hat
Haupt-Special-Geschäft
J. May sen., Rüttenstr. 7.
Laden-Nr. 9114.

Pfänder-Auktion

am 6. Mai bis 92 550.
Carl Freundt, Münzstr. 2.

**Zurückgekehrt
Dr. H. Herz.**

Eine saubere Näherin
mit geübter Nadel von 1-8 Uhr
Gabel, Reichenstraße Nr. 17, (Garten-
haus, 3. Stock, 5885

Schmiede
an der Hauptstraße, an der Verbindung
von 1. Juli 1911 zu verachten. Preis um
1000 u. 1000, e. Seitung nicht abzugeben.

1. Rang, Sportwagen zu verkaufen bei
Schmidtel, Kreuzbergerstr. 15, A. G., 5883

Abgang nach Prag 30. VII.
Querten n. A. 300 an die Creditan-
stalt, 5878

1 gebr. Singermaschine für 24 Mark
bei 5889
Klosterstr. 14, im Buchgeschäft.

Stiefelwaren gratis!
Brennabor
Spezial-Geschäft für
**Kinderwagen
Klappwagen**
Veneise Mutter! — Große Auswahl!
Ganz besonders billig!

Franz Werner
Sarraßgasse d. d. Liebichshöhe.

Haenel-Fahrräder
sind die besten und im
Gebrauch die billigsten.
2 Jahre reelle Garantie.
Spezialräder
von Mark 45.— an,
Zubehörteile und Gummi
billigst. 4367

Richard Seidel
Altenstraße 20.
Erstklass. Nähmaschinen
und sämtliche
Gasglühlichtartikel
am Lager.

**Bestände der Firma
Salomonski & Co. Nachf.**
Blücherplatz 2
an
feinsten Tuchen und Burkins
bester englischer und deutscher
Fabrikate, sowie fertiger
Beinkleider, Paletots, Ulster
5887 sollen schleunigst
zu Spottpreisen
völlig geräumt werden.
Nur noch kurze Zeit!
Blücherplatz 2.

**Ziehung
diese Woche.**
Marienburger
Pferde-Lotterie.
Ziehung am 4. Mai cr.
2653 Gewinne
Gesamt-
wert **69000** Mk.
darunter 6 Equipagen
47 Pferde usw.
11 Lose 10 Mk.
Porto u. Liste
Lose à 1,00 Mk. 25 Pfg. extra.
Obige Lose empfiehlt
Breslau! Ring 22.
B. Klement,
Spezial-Lotterie- u. Bankgeschäft. Tel. 7617.

Guten Abend Herr Meyer!

sagt Müller und betrachtet Herrn Meyers neue, elegante Kleidung. Wie können Sie
mit ihrem kleinen Gehalt so schick und nobel auftreten? — Ganz einfach: Ich kaufe
nur im **Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.,**
Neue Schweidnitzerstrasse 6 (Hansa-Haus); denn dort erhält man in

Abteilung I: **Neue Garderoben**
schicke
Anzüge, Ulster, Paletots
für 14.— 16.— 18.— 20.— usw.
Abteilung II: **Monats-Garderoben**
sind wenig getragene oder verliehene
Mass-Anzüge u. Paletots
für 8.— 10.— 12.— 16.— 20.— usw.
Auch werden Gesellschafts-Anzüge für 5.— Mk. verliehen.
Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstrasse 6 (Hansa-Haus).

Wilhelmsburg.

5854 Heute
Donnerstag: **Gr. Mai-Kränzchen** mit Präzisions-Vollnäh-
maschine. Ergebnis F. Hölzel.

Deutscher Kronprinz Westendstr. 50/52. Heute
Mai-Kränzchen verbunden mit Präzisions-Vollnäh-
maschine. Ergebnis A. Franz.

Hentschel, Pöpelwitz
Heute **Mai-Kränzchen** bei freiem Volled Orchester.
Donnerstag: **Mai-Kränzchen** Entree. Erdbeinellen.

Bestbewährte
gesunde
und
magen-
darmkranke
Kufeke
Nahrung für:
sowie
schwächliche,
in der Entwicklung
zurückgebliebene
Kinder.

Saalbau-Verein zu Waldenburg.
Aktiva. Bilanz vom 31. Dezbr. 1911. Passiva.

Einzelvermögen	207.450,00	Bekanntentante	207.450,00
Reservefonds	225,00	Reservefonds	328,13
		Hilfsreservefonds	811,40
		Reingewinn	240,86
			207.450,00

Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des Jahres 1910 . . . 271
Angehörigen sind im Jahre 1911 17
Bestand am Schluss des Jahres 1911 284
Die Kassenkasse betrug am Schluss des Jahres 1911 Mk. 4310,10
nebst bei der Kassenkasse zum 270,60

Saalbau-Verein zu Waldenburg
Eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
G. Dieckhoff, H. Wendt. Dr. Siebelt, R. Eickner.

**Rohtabak-
handlung Carl Rother & Rode**
Breslau I, Hammerstr. 26.
Spezialität: ff. alte Cigarren.

Bitte lesen!
Beim Einkauf von
Henkels Bleich-Soda
1977
achte man genau auf untenstehende Packung u. weiße Ab-
schwammgen, da meistens minderwertig, energisch verhält.

**Henkel's
Bleich-Soda**
garantirt
reinst
Fabrikant
u. Versandung
Weigstich
deponiert.

Spezialbedeutende Seife, macht die Wäsche
blendendweiß. Uebertrifft bei allen Rei-
nigungszwecken die Soda durch raschere
u. gründlichere Wirkung, macht nament-
lich Weißwäschern sehr klar u. Poilwäschern
sehr weiß. Greift Hände u. Wäsche nicht
an. Löst sich in Wasser sehr rasch, sollte
deshalb in keiner Haushaltung fehlen.

Sin verzogen nach
Poststraße 1, Ecke Ohlauerstraße
und halte meine Reparaturen nach wie vor pünktlich ab von 9-1 und 3-7.
Sonntags von 9-1 Uhr. 5274
Rich. Barthelt, Dentist.

In grossen Dosen à 20 Pf.
Globin
besten Schuhputz
Überall zu haben.

Achtung: **Parteigenossen!** Achtung:
sowie Reparaturen erhält man am
besten und billigsten beim Genossen
Max Philipp, Posenerstr. 15.
Bitte genau auf Strasse u. Vornamen achten

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen!
Möbel-Einrichtungen
in jeder Preislage.
Langjährige Garantie. Billige Preise. 4646
Krimke & Co., Neue Graupenstrasse 7
am Sonnenplatz

**Stehen
bleiben!**

Auf
Teilzahlung
mit kleinster
An- und Abzahlung
kauft man
Möbel
Damen- u. Herren-Garderobe
5884 mit langjähriger Garantie
bei
Adolf Schröter, Breslau,
Ring 2, Ecke Nikolaistr.
Wagen ohne Firma. Katalog
gratis. Versandnachauswärts.

Soeben erschienen:
Die grossen Utopisten
(Fourier, Saint Simon, Owen).
Von Wilhelm Hausenstein.
Preis 40 Pfennig.
Zu beziehen: **Buchhandlung „Volkswacht“.**

Freitag, den 3. Mai 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Mai.

Geschichtskalender.

3. Mai.

- 1489 Der italienische Staatsmann und Geschichtsschreiber Nicolo di Bernardo dei Machiavelli in Florenz.
- 1761 Der Dichter und Schriftsteller August von Koberger in Weimar.
- 1797 Der Geograph Heinrich Verkarren in Arova.
- 1845 Der Dichter Thomas Hood in London.
- 1856 Der Komponist Adolphe Adam in Paris.

Die Maiseier.

Der Himmel war natürlich auf unserer Seite. Freilich zeigte er sich am Vormittag etwas bewölkt, und gar mancher ängstliche Spießer mochte hoffen, daß eine Sintflut dem Maiseier der vaterlandslosen Rolle ein trauriges Ende bereiten würde. Aber es wurde nichts daraus, denn je weiter der Tag vorrückte, desto mehr klarte es sich auf, und abgesehen von einem etwas kühlen Winde war das Wetter so, als hätten wir es uns selbst bestellt. Auch unsere Polizei war, wie immer, auf der Höhe. Man beachte die wahrhaftig nicht lange zu suchen. Wo man eine gewisse Schwermüdigkeit des Schenkens. Besonders das Gewerkschaftshaus hatte sich ihrer liebevollen Aufsicht zu erfreuen. Wir meinen, das sind herzlich unbillige Kraftvergeudungen, und es gäbe doch sicherlich Gelegenheiten, die Beamten nützlicher zu verwenden. Unsere Veranstaltungen sind so harmloser Natur, daß das Aufgebot einer so ungewöhnlich starken Schutzmannschaft zu ihrer Ueberwachung nur erheiternd wirkt. Das ist aber wohl nicht die Aufgabe der Polizei.

Der Meid unserer lieben Freunde aus dem reaktionären Lager hat uns nichts geschadet. Unsere Maiseier verlief bestfrohlich, von einem „Abflauen“ der Bewegung, wie unsere Gegner sabeln, war herzlich wenig zu spüren. Das wird diese Leute nicht abhalten, die Maiseier nach Kräften tot zu fügen. Mögen sie es tun; auch hier wird sich das Sprichwort bewahrheiten, daß Totgesagte gerade am längsten leben, und daß wir über eine ganz gewaltige Lebenskraft verfügen, ja daß diese Lebenskraft immer mehr zunimmt; davon war die gestrige Maiseier wieder ein deutlicher Beweis.

Die Vormittag-Versammlungen.

Alle Genossen und Genossinnen, die sich frei machen konnten von der Arbeit des Tages, sie drängten ins Gewerkschaftshaus und in den „Goldenen Jäger“, wo die Metallarbeiter eine besondere Versammlung veranstalteten. Hier wie dort war der Saal dicht besetzt. Geschmückt mit dem schönen Maiseichen, hörten die Feiernden im Gewerkschaftshaus zuerst zwei Kampfsänger des Gesangsvereins der Zöpfer. Dann trat Genosse Seibold an das Rednerpult und sprach in einstündiger Rede über unsere Mägedanken und -forderungen. Es kommt uns nicht auf die Form der Maiseier an, sondern auf die Größe der Bewegung, die im Volke wurzelt. So konnte der Vortragende mit Recht erklären: Unsere Gegner sind bemüht unser Vorhaben aufzuhalten; aber wenn sie sehen, was in Jahrzehnten mit allen Mitteln erreicht wurde, müßten sie doch sagen: tolle Arbeit war umsonst. Unsere alte Sache wird weiter wachsen, solange der Gegensatz besteht zwischen Arm und Reich. Man hat gegengewärtige Kurpfuschereiarbeit die ganzen Jahre hindurch geleistet und wundert sich darüber, daß die Unzufriedenheit immer weiter um sich greift. Wir fordern den Achtstundentag, um die Folgen der langen Arbeitszeit für die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes zu verhindern. Deutschland rühmt sich, das Land der sozialen Gerechtigkeit zu sein, aber es tut nichts, um Kränklicher und zeitliches Sechtum zu verhindern. Die herrschende Klasse will nicht erinnert sein an alle die Pflichten dem Arbeiterstande gegenüber. Niedrige Löhne vom Unternehmer, hohe Lebensmittelpreise

durch den Hunger, das kennzeichnet die traurige Lage des Volkes. Und dem nach Brot und Freiheit verlangen die Proletarier mit die herrschende Gewalt mit Säbeln und Revolvern gegenüber. Die bürgerliche Welt kennt nur eine große Aufgabe: die Nützlichkeiten zu Wasser und zu Lande. Unaufhörlich und gewaltig steigen die Lasten für Meer und Flotte, und immer mehr wird in unseren Tagen gehandelt. Die Kriegsherrn ruhen nicht, und Jahr um Jahr werden neue unzählige Millionen dahingepumpt. Die Werke des Friedens, der Wohlfahrt und Kultur bleiben stehen.

Wir aber wollen nicht den Krieg, wir fordern und kämpfen für den Frieden, der die Völker zum Fortschritt beschließt. Wir fühlen uns verbunden mit den Arbeitern der ganzen Welt, wir sind international und werden nicht eher ruhen, bis alle Völker mit vereinten Kräften den hohen Menschheitszielen zutreiben. Die deutsche Arbeiterbewegung kommt jetzt mit einer neuen Wehrvorlage, die geradezu eine Verurteilung des Volkes ist. Wo soll das hin? Da müssen sich die Millionen zur Wehr setzen und protestieren. Gerade am 1. Mai wollen wir weithin in alle Lande hinausgehen: wir sind Feinde des Krieges. Das ganze Volk muß sich anschließen; dann wird und muß das furchtbare Verbrechen ein Ende nehmen. Es geht vorwärts! Die bestartigen Gedanken des Sozialismus werden sich allmählich in die Tat umsetzen und allen Menschen wird bereitet sein ein freudvolles Dasein in Frieden und Eintracht. Wir wollen nicht erlahmen im Kampfe, damit diese schöne Zeit des Sozialismus endlich komme.

Zwischen der Zeit erhob sich, als Genosse Seibold geredet hatte, nochmals waren dann die Sänger vor; sie schloßen mit der „Internationale“, deren wohlklingende Melodie alle Herzen immer wieder neu ergreift. Nach einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung gingen die Genossen und Genossinnen auseinander.

Bei den Metallarbeitern.

Die Metallarbeiter, die zum ersten Male seit der großen Ausperrung vom Jahre 1906 mit einer Versammlung ihrer engeren Berufsorgane hervortraten, leiteten über 500 Kollegen in ihrer Versammlung im „Jäger“ mussten. Der Leiter der hiesigen Ortsverwaltung, Genosse Philipp, bearbeitete in kurzen, treffenden Ausführungen die Maiseorderungen des Proletariats und fand mit seinen Ausführungen reichen, wohlverdienten Beifall. Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende, Kollege Schindler, die vom besten Werte besetzte Versammlung.

Das Gartenfest in Klein-Gandau.

Am Donnerstag wanderten die maiseierenden Genossen Breslans mit Frau und Kind in hellen Scharen nach Klein-Gandau hinaus, wo sie sich im Kaiser-Friedrich-Park, umgeben von irrtümlichen Grün und dem Blauschnee der Obstbäume, ein von Musikern ausgetheiltes Gartenfest anboten. Die fest langem nun endlich wieder einmal warm herunterstrahlende Sonne machte den Aufenthalt im Freien erquicklich. Und als gegen den Schluß des Konzerts unsere alten Kampfeslieder erklangen, schloß sich die Seele so mancher Genossen auch der belebende Sonnenstrahl edler Begeisterung. In diesen dem Kapitalismus abgewandten Stunden bekamen sie sich wieder auf das große Leben und Wollen unspannende Gefühl menschlicher Solidarität, das an diesem Tage die Träger der kommenden Kultur, die Arbeiter, in allen Ländern durchdringt. Ein stilles Glück, ein sich reistehen fröhliche aus den Augen der lachenden, vandernden Menge, die den weiten Garten durchwachte. Und nicht nur aus den Augen der Großen leuchtete die Freude, auch die Kinder nahmen daran teil. Gesang und Spiel wechselte für sie ab, und so manche Genossin und manche Genosse nahm teil an diesen Spielen und wurde für einige Stunden wie der jung mit den Kleinen. Als es mit dem Sinken der Sonne im freien immer dunkler wurde, da löste sich der große weite Saal. Die Rhythmen des Tanzes lockten und lockten. Wie abteten da die Genossen der tanztüchtigen Jugend; aber auch so manchem älteren Genossen machte es wieder. Noch war die Tanzrede nicht ganz erklingen, da auch schon die Erinnerung tauchten auf und... „Na Mutti, wollen wirs auch noch mal versuchen?“

Am fernem, glühenden Horizont ist die Sonne verfunken, die Dämmerung bricht herein und mahnt uns zur Rückkehr. Da liegt es nun wieder vor uns, die große dunstige Stadt mit ihren rauchenden Schloten und dem dahinter lauernenden Kapitalismus, mit dem nach Nacht schraubenden Kapitalismus, dem nicht nur der Profit eines Tages erlangen ist, der auch seinen Todfeind, den Sozialismus, wachsen und gedeihen sieht, trotz alledem und alledem.

„Es muß doch endlich Frühling werden!“

Die Abend-Versammlungen.

Nach im Gewerkschaftshaus hatten sich die Parteigenossen zahlreich versammelt. Wenn es nicht möglich war, das Maiseier durch Arbeitsruhe zu feiern, fand sich nun am Abend ein. Zahlreich war auch das weibliche Geschlecht vertreten. Stimmungsvoll wurde die Veranstaltung, die in ihrem Hauptstücke ein inhaltreicher Vortrag des Genossen Pionier über die Bedeutung des 1. Mai auslieferte, durch einen Gesang des Frauen- und Mädchen-Gesangsvereins „Proletariat“ eingeleitet. Nachdem der Redner in seinen treffenden Ausführungen die Kultur der bürgerlichen Gesellschaft gezeigelt und der Vorsitzende die Maiseierresolution verlesen, die einstimmig angenommen wurde, legte wiederum der geschäftlich vorgetragene Gesang der Genossinnen ein, worüber die Versammlung mit brausendem Beifall quittierte. Nach einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ging die Versammlung in gehobener Feststimmung auseinander.

Im großen Arbeiterviertel des Nikolaiviertel war der mächtige Saal des „Kronprinzen“ dicht besetzt. Die festlichen Ausführungen des Genossen Scholich wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Stimmung hob sich noch durch die Kampfslieder der Arbeiter Sänger.

Im überfüllten Bergkeller (Obert.) hielt Genosse Seibold eine mit großem Beifall aufgenommene Maiseier. Genosse Dietze als Vorsitzender forderte die Anwesenden auf, der sozialdemokratischen Partei beizutreten und die Volkswacht zu lesen. Arbeiterführer beschloßen die Versammlung durch einige Kampfslieder. Die würdige verlaufene Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

In der Wilhelmshöhe.

begründete Genosse Klippel, nachdem ein von Arbeiter-Sängern auf vorgetragener Fest-Gesang verklungen war, unsere Maiseorderungen in einem reichlich einstündigen Vortrag. In temperamentvoller, häufig von Beifall unterbrochener Weise, vertrat er der Redner, unsere Maiseorderungen auf erhöhte Arbeiterkultur, Völkerverständnis und Volkswohlfahrt im Rahmen der Menschlichkeit zu begründen. Die neue Wehrvorlage fand besondere Würdigung. Nachdem die Maiseierresolution einstimmig zur Annahme gelangt, ein wiederum recht stimmungsvoll zu Gehör gebrachter Chorgesang und die „Internationale“ verklungen war, schloß Genosse Scholich die recht gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die völkerverbindende Sozialdemokratie.

Die Maiseier in der Provinz.

Essau. Unsere Mai-Versammlung im Saale von Schmidt nahm einen würdigen Verlauf. Der M.-G.-Z. „Eintracht“ leitete sie mit dem „Breslau“ stimmungsvoll ein, worauf Genosse Neulirch aus Breslau die Bedeutung des Tages in einstündiger Rede gebührend würdigte. Es waren etwa zweihundert Männer und Frauen anwesend, die dem Genossen Neulirch lebhaft zustimmten. Mit dem begeisterten Gesang der „Internationale“ erreichte die Versammlung ihr Ende.

Trebnitz. Auch die Trebnitzer Arbeiterkraft feierte unseren Weltfeiertag, wo nur freudig anging, mit Arbeitsruhe. Nach einem Spaziergange nach Raschen hielt Genosse Zigon, Breslau, einen Vortrag über „Die Forderungen des 1. Mai“. Besonders hervorzuheben ist, daß die aus etwa 150 Personen bestehende Versammlung zu einem Drittel von Frauen besucht war. Dem 1 1/2 stündigen Vortrage wurde lebhafter Beifall gezollt.

Glogau. Unsere Maiseier wurde hier durch eine öffentliche Volk-versammlung im Schreyerschen Lokale begangen. In dem ziemlich beschrankten Räume unseres Gewerkschaftshaus hatten sich etwa 200 Personen eingefunden. Nachdem der Arbeiter-Gesangsverein „Freie Sänger“ die Anwesenden mit der „Internationale“ begrüßt, hielt Genosse Zimmer-Breslau seinen Vortrag über „Die Bedeutung des Weltfeiertages“. In 1 1/2 stündiger, feisender Weise entlegte sich unser Reichstagsabgeordneter seiner Aufgabe. — Brausender Beifall belohnte seine Ausführungen. Am 1. Mai hatten eine Anzahl Genossen von der Hofmeisterischen Fabrik durch Arbeit zu Hause begangen.

Guhrau. In Ermangelung eines Lokals wurde von den hiesigen Genossen die Maiseier abends in der Wohnung eines Genossen im engen Kreise begangen. Etwa 25 Personen hatten sich eingefunden, die sich durch abwechselnde Vorträge erstens und weiteren Inhalts und wobei auch die Bedeutung des die ganze Welt bewegenden Arbeiterfeiertages zum Ausdruck gebracht wurde, zwanglos unterhielten.

Breslauer Schauspielhaus.

„Die moderne Eva“ von F. Gilbert.

Die 66. Vorstellung dieser schier unermesslichen, an reizenden melodischen Einfällen reichen Operette fand — als Humboldt-Vereins-Veranstaltung — vor recht gut besetztem Hause statt und brachte wieder einen Gast, der augencheinlich als Entlastung für Fräulein Fidler dienen soll. Ich bemerke wiederholt, daß wir eine zweite Kraft nicht nötig haben, falls Fräulein Wandrey, was zu hoffen ist, unserer Bühne erhalten bleibt. Die gestern zum Ausstreifen gelangte Künstlerin, ein Fräulein Hil-Low, ist ein kleines, sehr grazioses und lebhaftes Persönchen, das sich recht geschickt in das heilige Ensemble hineinzuordnen wußte, und nicht nur über ein gefälliges Äußeres, sondern auch über ganz sympathische Stimmittel verfügt. Ein großer, nicht zu unterschätzender Vorzug ist, daß sich ihre Textaussprache den jedem Dialekt fernhält. Man wird also nicht umhin können, für das Engagement des Gastes zu plädieren. — Durch die leider nicht unbewiesene Erkrankung des Herrn Stöbel hat eine vollständige Umbelegung der Hauptrollen stattfinden müssen. Wenn Herr Brödel bisher noch nicht seine große Verwendung für Fräulein Wandrey inne. — Das Publikum tatge nicht mit Beifall und geriet noch und noch in eine ungemein antimierte Stimmung. Das Orchester spielte unübertrefflich laut und zwingt die Sänger zu ganz unnötigem Schreien. Wie oft wird man noch diese schon bis zum Ueberdruß angebrachte Klage erheben müssen?

Aus aller Welt.

Die Rückkehr des „Macy Bennett“. Die Berzweigungensgenossen, die sich bei der Ankunft des Dampfers „Macy Bennett“ in Halifax abspielten, pöten jeder Beschreibung. Der Dampfer hatte im ganzen 306 Leichen an der Unfallstelle des „Titanic“ aufgefischt, die Mannschaft war aber gezwungen, 116 Opfer wieder ins Meer zu versenken, da die Leichen vollständig in Verwesung übergegangen und schrecklich verfaulen waren. Der „Macy Bennett“ nahm seine traurige Tätigkeit am 21. April auf. Zuerst fand man ein kleines Mädchen mit einem wahrhaftigen

Vuppengesicht, deren große erlauchten Augen lebend schienen. Die Matrosen waren von diesem Anblick so weit daß ihnen die Tränen über die heißen Gesichtslinien rollten. Sie gaben sich das Versprechen, daß, falls sich ein Angehöriger des Mädchens nicht finden sollte, für dessen Beerdigung Sorge zu tragen und ihm ein Zentral zu geben. Eine Untersuchung des Kopfes von George Widener, eines Millionärs aus Philadelphia, hat ergeben, daß sein Tod durch ein Brandstück, daß ihm auf den Kopf gefallen war, herbeigeführt worden ist.

Ein Warenhaus in Flammen. In der Sonntagsnacht wurde die Magdeburger Feuerwehr durch die Meldung: „Großfeuer!“ alarmiert. In dem benachbarten Dorf Altenweddingen war in dem großen Warenhaus der Gebrauchs- und Ausrüstungs-Güter, das sehr bald das ganze Gebäude ergriffen hatte. Außer der Magdeburger Feuerwehr eilen auch die Lehren der benachbarten Dörfer zur Hilfe herbei. Als die Magdeburger Feuerwehr auf dem Brandplatz eintraf, stand das große Warenhaus bereits in hellen Flammen. Die in dem Gebäude wohnenden Personen, ein Wächter, dessen Familie und ein zweiter Angestellter des Warenhauses hatten nur mit knapper Not sich aus ihren dreistöckigen Wohnungen retten können. Die Feuerwehren begannen sofort mit der Löscharbeit. Beim Anschlägen eines der großen Schaufenster ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Eine zehn Feuerwehreinheiten standen in unmittelbarer Nähe des ausgebrannten Schaufensters und hielten die schweren Schläuche, die durch das ausgebrannte Schaufenster die Wasserstrahlen in das Innere der Ladenräume schleuderten. Plötzlich stürzte das schwere Stielgestänge, das nach oben das Fenster abschloß, in sich zusammen und begrub acht Feuerwehrleute unter sich. Nach vieler Mühe gelang es, die Verschütteten aus den Steintrümmern zu befreien. Zwei von ihnen waren tot. Es sind dies der Magdeburger Feuerwehrmann Hamann und ein Angehöriger der Altenweddingen Feuerwehr, der Schmiedemeister Wöhler aus dem benachbarten Langenweddingen; er war schwer verletzt und starb wenige Minuten später. Ebenfalls schwer verletzt wurde der Gutsbesitzer Blümecke aus Langenweddingen; ihm sind beide Beine durch die schweren Steinmassen zertrümmert worden. Er wurde bewußtlos ins Krankenhaus gebracht. Die anderen fünf Verschütteten haben sämtlich sehr schwere Verwundungen davongetragen. Es ist jedoch Hoffnung vorhanden, sie am Leben zu erhalten. Trotz der vereinten Bemühungen von sechs Feuerwehren gelang es bis jetzt nicht, das Feuer zu löschen. Das Gebäude des Warenhauses steht immer noch in Flammen. Die Feuerwehr muß sich damit beschränken, die benachbarten Häuser vor einem Uebergriff des Feuers zu schützen. Ueber die Ursachen des Feuers ist noch nichts bekannt.

Ein Pfarrer als Kaufbold. Am 23. Februar kam es in Kirchdorf zwischen dem Tagelöhner Eder und dem Pfarrer Kathreiner, die schon seit längerer Zeit in feindlichem Verhältnis zu einander standen, zu einem Streite, der dadurch hervorgerufen worden sein soll, daß der Pfarrer veranlaßt, Eder solle seine Hand küssen, was dieser ablehnte. Da sich der Vorfall in einem Gasthause abspielte und der Wortwechsel immer heftiger wurde, mußte schließlich der Tagelöhner das Lokal unfreiwillig verlassen. Kaum war er draußen, begab sich auch der Pfarrer auf die Straße. Hier wurde der in dem Gasthause begonnene Streit zwischen den Gegnern fortgesetzt, und es kam schließlich soweit, daß Eder auf dem Boden lag, der Pfarrer auf ihm. Während der nun entstandenen Aufruhr bis der Beamte den Pfarrer in den Tannen, während der Pfarrer das Gesicht Eders zerkrachte. Die Maiseier fand vor dem Bezirksgericht Kitzbühel ein gerichtliches Nachspiel. Der Bezirksrichter erging bei der Beurteilung des Falles von der Anschauung aus, daß ein ganz gewöhnlicher Kaufbold zu 40 Kronen Strafe, verurteilt den Pfarrer Kathreiner zu 40 Kronen Strafe, den Tagelöhner zu vier Tagen Arrest. Gegen dieses Urteil legte der Pfarrer Berufung ein; in der Berufungsverhandlung in Innsbruck wurde das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und der Pfarrer freigesprochen. Das Berufungsgericht nahm an, daß sich der von Eder bedrängte Pfarrer nur gewehrt habe.

Aus einer kleinen Gemeinde. Eigenartige Zustände aus einer kleinen Gemeinde beleuchtete eine Verhandlung vor der Danziger Straßammer, vor der sich der Gemeindevorsteher Petal aus Abbau Wuchlau wegen Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Wie die Verhandlung ergab, hatte Petal Anfang dieses Monats das Gemeindefiskus-Kollegium zum Annehmen berufen, um über eine Steuererhöhung zu beraten. Da Petal wußte, daß ein Teil der Gemeindevorsteher sich der Steuererhöhung gegenüber doch negativ verhalten würden, ließ er sie gar nicht erst einladen, sie aber trotzdem in dem Protokoll als anwesend anzuführen. Infolgedessen waren nur 5 Mitglieder anwesend, wogegen aber zur Beschlussfähigkeit 7 gehörten. Petal schlug eine Erhöhung des Aufschlags von 75 Prozent auf 300 Prozent vor, verließ aber auch hierbei wieder gegen die gesetzlichen Vorschriften, indem er nicht abstimmen ließ, sondern den Protokollführer beauftragte, die Steuererhöhung als angenommen in dem Protokoll zu vermerken, was der Protokollführer, ein Lehrer, auch tat. Von den anwesenden Gemeindevorsteher konnten zwei überhaupt nicht lesen und unterschrieben das Protokoll trotzdem, ohne überhaupt zu wissen, was darin stand, und den

Die am kommenden Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 8 Uhr, in Rainen stattfindende öffentliche Versammlung unter freiem Himmel mit unserem Reichstagskandidaten, Genossen Senf als Redner soll ebenfalls dem Maieregedanken gewidmet sein. Der geplante Morgenspaziergang am genannten Tage wird ebenfalls eine größtmögliche Teilnahme veranlassen.

Wausen. Hier war die Maierversammlung von 250 Personen besucht. Die Frauen waren gut vertreten. Der Vortrag des Genossen Wehrens aus Breslau fand lebhaften Beifall. Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Görlitz. Zum ersten Male fand in Görlitz zur Feier des 1. Mai eine Vormittagsversammlung statt, die von nahezu 1000 Personen besucht war. In der imposanten Versammlung beteiligte sich die große Mehrzahl der seit 4 Wochen im Auslande stehenden Arbeiter der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale zu Görlitz. Weiter fanden Nachmittags- und Abendversammlungen statt.

Reife. Unsere Abend-Versammlung am 1. Mai war gut besucht. Eine dem Vortrage unseres Reichstagskandidaten, Genossen Dars-Breslau entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Nach dem Vortrage blieben die Genossen noch einige Zeit beim Gesange von Freiheitsliedern und froher Unterhaltung. Von einer Arbeitsruhe ist hier leider noch wenig zu hören, dafür sorgen in erster Linie die Schmarren, die zwar jeden katholischen Feiertag feiern lassen, aber den Maitag des Proletariats mit brutaler Gewalt unterdrücken.

Die Maifeier im Landkreis.

Büchelwitz. Etwa 350 Männer und Frauen waren hier versammelt. Der Abend begann mit dem schönen Liede „Empor zum Licht“, das der Gesangsverein „Breslau-West“ vortrug, worfür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Die Mairede hielt Krüger, und begleitete von lauten Zustimmungen. Genosse Witzke. Nachdem die bekannte Resolution einstimmig angenommen war, sang der Verein noch ein begeistertes Mairied; den Schluss bildete ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Maffelwitz. Die Maiversammlung war von 150 Personen besucht. Aufmerksam lauschten die Anwesenden den Ausführungen des Genossen Clement aus Breslau. Der Gesangsverein „Freiheit“ aus Schmiedefeld verbrachte die eindringliche Kundgebung durch mehrere Freiheitslieder. Mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Öwitz. Die Versammlung war von 200 Personen besucht. Genosse Meiner verstand es vorzüglich, die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln. Zu Beginn und zum Schluss der Versammlung brachte der M.-G.-V. „Durch Kampf zum Sieg“ ein Lied zum Vortrage. Zwei Versammlungsbesucher ließen sich in die Partei aufnehmen, einer beherrschte die „Volkswacht“.

Groß-Nachborn. Die Mai-Versammlung war von 200 Personen besucht und verlief in begeisterter Stimmung. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Gräbchen. Die Volkversammlung bei Gräbchen war sehr gut besucht; der Gesangsverein „Gräbchen“ leitete sie mit dem Liede der Völkervereinigung ein. Dann ergriß Genosse Schütz das Wort, um über die Bedeutung des 1. Mai zu sprechen; seine Rede wurde sehr beifällig aufgenommen. Zwei weitere Lieder des Gesangsvereins „Das heilige Feuer“ und die „Internationale“ erweckten begeisterte Zustimmung. Nach einstimmiger Annahme der Mairesolution endete die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die völkervereinigende Sozialdemokratie.

Opprau. Die Versammlung war gut besucht. Genosse Runow erläuterte in 1 1/2 stündiger Rede die Anforderungen des Proletariats, wobei er besonders den Nahrungswachstum und den Zollwucher geißelte. Die Mairesolution wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung verlief in bester Ordnung.

Hartlieb. Die Abend-Versammlung war von etwa 250 Personen besucht. Der Gesangsverein „Eid ehlig“ leitete die Versammlung mit dem Liede der „Freiheit“ ein. Genosse Senf sprach über die Bedeutung des 1. Mai für das werktätige Volk. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und Anerkennung. Die Mai-Resolution wurde einstimmig angenommen. Es wurde eine Zellerammlung veranstaltet. Die Sänger schlossen die würdig verkaufene Versammlung mit dem alten Kampfliede der „Internationalen“. Erfreulich war besonders die rege Beteiligung der Frauen.

Maria-Höfchen. Mit einem Kampfliede, gesungen vom Männergesangsverein Neufeld, wurde unsere Versammlung bei Frau Müller eröffnet. Sie war sehr gut besucht. Fast 200 Personen füllten den Saal, darunter 50 Frauen. Mit regem Interesse folgten alle dem Redner, Genossen Adam, der in einem anberaubendsten Vortrage die Forderungen der Arbeiter am 1. Mai klar behandelte, wofür ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Die Resolution fand begeisterte Zustimmung und einstimmige Annahme. Daß die Arbeiter von Maria-Höfchen und Umgegend vorwärts schreiten, erhebt man auch daraus, daß wieder sieben Mannschaften für unsere Partei zu verzeichnen waren. Mit einem Liede und einem Hoch auf die völkervereinigende Sozialdemokratie schloß die glänzend verlaufene Versammlung.

Rosenthal. Die am Abend des 1. Mai abgehaltene Volksversammlung, die sehr gut besucht war, wurde durch Gesangsbeiträge des Arbeiter-Gesangsvereins „Brüderhand“ Rosenthal eingeleitet. Genosse Goldschmidt sprach unter großem Beifall der Versammlung über die Bedeutung des 1. Mai für die werktätige Bevölkerung. Nach der einstimmigen Annahme der Mairesolution fand die Versammlung mit dem Gesange der Internationale ihr Ende.

Mathen. Unsere Maiversammlung nahm einen würdigen Verlauf. Genosse Zrowia hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über unsere Forderungen. Die Versammelten gelobten, im Sinne der Mahforderungen zu handeln und nahmen die vom Vorsitzenden vorgelegte Resolution einstimmig an. Zu bemerken ist, daß die Versammlung ohne vorläufigen Schluß war; es hat ihr nichts gefehlt.

Maierwitz. Ueber 150 Personen, darunter zahlreiche Frauen, lauschten in der abendlichen Maiversammlung den Ausführungen des Referenten, Genossen Lohner (Pögnitz). Zum Schluß erhellte noch ein Breslauer Genosse die Versammelten durch volkshumorige Vorträge.

Schönlitz. Die Mai-Versammlung, von 75 Männern und Frauen besucht, stimmte der Rede des Gen. Richter lebhaft zu. Nach einstimmiger Annahme der Resolution trennten sich die Anwesenden mit dem Gelübde, unermüdet für die Weiterentwicklung der Sozialdemokratie zu wirken.

Malsch. Hier war es möglich, die Maifeier durch teilsweise Arbeitruhe zu begehen. Die gesamte organisierte Arbeiterschaft der „Zellstoff-Fabrik Malsch“ fuhr nachmittags 4 Uhr nach Maierwitz, um an der dortigen Maifeier teilzunehmen, da uns am hiesigen Orte kein Lokal zur Verfügung steht.

Nein-Tschauß. Die Versammlung war von mehr als 150 Personen besucht. Die treffenden Ausführungen der Referenten fanden starken Beifall. Der Arbeitergesangsverein verbrachte die Versammlung, indem sie einige Lieder vortrug. Die Versammlung verlief in aller Ruhe und Würde; mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde sie geschlossen.

Türschau-Berdain. Die Volks-Versammlung am 1. Mai war verhältnismäßig gut besucht. Ueber die Bedeutung des 1. Mai sprach Genosse Zeitbold. Der anregende Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Grünhübel. Die gutbesuchte Mai-Versammlung fuhr mit großer Spannung der 1 1/2 stündigen Rede des Genossen Zrowia. Der reichliche Beifall bewies, daß er den anwesenden Männern und Frauen aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Versammlung wird sicherlich gute Erfolge zeitigen.

Eine Freisprechung.

Am 2. November berichteten wir über einen Vorgang von der „Vetiergezucht“ in der Volkstraße. Ein kranker Mann war dort, im Begriff, die Ställe aufzusuchen, von den Ställen herabgefallen und hatte sich schwer verletzt. Unsere Gesundheitsleute wollten gesehen haben, daß der oben an den Ställen stehende Haushalter den Mann herabgehoben habe, da er ihn für angetrunken hielt. Vor Gericht wurde indes durch das Zeugnis des Haushalters festgestellt, daß der Mann von selbst die Treppe herabgefallen war. In unserem Bericht erwähnten wir verärgert auch das Verhalten eines Schutzmanns, der, obwohl er sich zu helfen, sich anfangs sehr gleichgültig zeigte. Einer Dame, die ihn bei dem Mann doch in ein Krankenhaus zu schaffen, habe er geantwortet: „Lassen Sie ihn doch hinhinfallen.“ Später habe er allerdings die Unsituation vernachlässigt, indem er Krankenwagen riefen, der den Verletzten ins Arbeitshilfs-Hospital brachte.

Die Unsitlichkeit der Breslauer Polizei ist ja nun allgemein bekannt. Jeder Quack muß von den Mädi. So stützte sich auch Schutzmann Meier, um den es sich handelte, prompt beiseite, und er, wie auch der Polizeivorgesetzte, stellten Straf-antrag. Aber nicht nur Genosse Dars als Verantwortlicher unseres Matros kam auf die Anklagebank, sondern auch jene Dame, von der unser Bericht erzählt. Es handelte sich um eine Krankenkontrollantin, die sich eine beleidigende Bemerkung erlauben sollte. Das Gericht kam in beiden Fällen zur Freisprechung. Der Krankenkontrollantin war nicht ausreichend nachzuweisen, daß sie es gemeint sei, die die beleidigende Äußerung getan habe. Es kam aus eine andere Frau gewiesen sein. Dagegen mußte sich der Schutzmann nachweisen lassen, daß er der Krankenkontrollantin gegenüber auf die höfliche Bitte, doch dem Kranken beizuhelfen, die höchst unpassende Bemerkung gebraucht: „Da nehmen Sie ihn doch mit.“ Unter diesen Umständen konnte von einer Bedenung solcher Tatsachen dem Schutzmann gegenüber nicht die Rede sein, sodas auch hier Freisprechung erfolgen mußte.

Immer wieder die Schundbücher. Der Vorkämpfer von Zacharowicz hat sich sehr viel mit den Schundbüchern befaßt und ist dadurch auf die Verbreitung derselben aufmerksam geworden. Anders als in rühmlicher Weise, Schlagring und kampf geladenem Revolver bewaffnet, er gar nicht mehr aus. Als Gehilfen hatte er drei Verursachern gleichen Alters beworben, die seinen Vorkämpfer widerwärtigsten Folge leisten mußten. Gemeinlich verübten die jungen Leute allerhand Diebstähle, die Zacharowicz leitete. Eines Tages im Januar 1912 besuchte er den Malermeister Anton am Künze, postierte einen seiner Schundbücher vor der Telefonzelle als Wache, trat dann selbst in die Zelle ein und öffnete mit seinem Liebeshandwerkzeug die Telefonzelle, woraus er sich 8 Mk. aneignete. Das Geld teilte sich die verdammten Buchhändler untereinander. Eine Woche später wurde der Streich wiederholt, brachte diesmal aber nur 2 Mark ein. In einem anderen Tage steckte Zacharowicz in einer Gastwirtschaft auf der Großenstraße heimlich 3 Milliarden ein, um sie zu verkaufen. Als er aber merkte, daß sie schadhaft waren, ging er in eine andere Restauration und tauchte sie dort heimlich gegen zwei guterhaltene und wieder ein anderes Mal schlichen die Buchhändler in den Vorrat. Keller eines Schundhändlers und stahlen dort für etwa 3 Mk. Was er sich diese Tat als Mordraub darstellte und der Bestohlene verurteilt hatte, Strafanzug zu stellen, konnte sie nicht in die Strafverfolgung einbezogen werden. Die Breslauer zweite Strafkammer verurteilte jenen Zacharowicz als Haupttäter zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis; die anderen Missetäter wurden zu geringeren Strafen verurteilt.

„Gloriatropfen“ gegen Frauenleiden. Die Inhaberin eines „Hygienischen Versandhauses“, Frau Schumann in Breslau, hand am Sonntag vor dem Schöffengericht. Sie hatte in den „Gloriatropfen“ gegen Frauenleiden, die nach ihrer chemischen Zusammensetzung nur in Apotheken abgegeben werden dürfen. Die Tropfen haben nach dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen, Apotheker Rudol, einen Narkotikumgehalt von etwa 12 Pfd. Der „Gloriatropfen“ des Gloriatropfen wurde von der Angeklagten auf 650 Mk. verkauft. Daran ist zu erwähnen, was für große Wertungen der preismittelschweren immer noch abwirft. Die Tropfen bestanden aus ätherischen Ölen und Alkohol. Nach ärztlichen Gutachten hat das Mittel nicht die Wirkung, die ihm angedichtet wird; es ist also völlig wirklos. Frau Schumann gab an, die Tropfen aus der chemischen Fabrik von Albert Reichardt in Berlin-Niederschlesien bezogen zu haben. Der Rechtsanwalt betonte in seinem Plädoyer, wie notwendig es ist, die leichtgläubigen Frauen und Mädchen vor solchen unethischen Mitteln zu schützen. Er beantragte 75 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte nach dem Gutachten des Sachverständigen, jede Frau, die sich krank fühlt, gehe zum Arzt und nicht zur „weissen Frau“, am allerwenigsten lasse man ihr Mittel wie „Gloriatropfen“ u. dgl. für teures Geld ankaufen.

Von den Schwesterheimen. Die Klagen vor dem Gewerbegericht gegen die Schwesterheime häufen sich in neuerer Zeit sehr. Die Krankenheime beklagen sich, daß sie für die niedrige Pensionshöhe, 30 bis 40 Mark pro Monat, schwere, einschneidende Arbeit zu leisten hätten, die von der Oberin nicht anerkannt werde. Wenn Pflanze nicht gesucht wird, dann sucht die Oberin Gründe zur Entlassung. Die Krankenschwester A. klagte neulich gegen die Oberin T. wegen einer Gehaltsentziehung im Betrage von 61 Mk. Sie sei grundlos entlassen und obendrein schwer beleidigt worden. Die Oberin hätte sie gemeines Frauenzimmer geheißen. Die Pflanze bestritt die Beleidigung, die Entlassung sei erfolgt, weil die Klägerin es abgelehnt, eine Pflanze zu übernehmen. Zu dieser Pflanze sollte, wie die Klägerin verlangte, eine Lehrschwester genommen werden. Die Klägerin bemerkte, allerdings habe sie sich geweigert, und das mit Recht, sie sei schon entlassen gewesen und nach der angelegenen Ehrenentlassung werde sie doch nicht noch Dienste leisten. Das Gewerbegericht glaubte aber der Oberin und wies die Schwester mit ihrem Anspruch ab.

In einem anderen Falle klagte die Krankenheime Schwester Sch. gegen die Oberin H. Sie forderte rückständigen Lohn und eine Entschädigung wegen unethischer Entlassung. Sie sei nach Dornitz zur Pflege einer Patientin geschickt worden, habe 16 Tage gepflegt und seinen Lohn dafür erhalten, während die Patientin 3 bis 5 Mk. täglich an das Schwesterheim zahlen mußten. Die Pflanze wendete ein, es habe kein Dienstverhältnis bestanden; die Klägerin sei als Gast ins Schwesterheim aufgenommen worden; weil gerade eine Pflegerin dringend gesucht wurde, sei die Klägerin nicht von ihr (der Pflanze) sondern von ihrer Schwester geschickt worden. Sie habe der Schwester deshalb Vorwürfe gemacht. Der Klägerin hätten die Dienstpapiere gefehlt, deshalb hätte sie garnicht engagiert werden können. Fräulein Sch. bemerkte dazu, daß man ihr dazu gar keine Zeit gelassen hätte, sie habe nicht klug pflanzte, sondern alle häuslichen Arbeiten im Heim verrichten müssen. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts erklärte, daß der Lohn für geleistete Dienste unbedingt bezahlt werden müsse, auch wenn kein festes Dienstverhältnis bestanden hat. Es kam zwischen den Parteien ein Vergleich zustande.

Eine Strafe für eine Strafe — Scheinig der städtischen Elektrizität in Mittwoch eröffnet worden. Die Wagen, die schon gestern gut besetzt waren, sind rot und führen die Nr. 19, während die Signalfarbe weiß-grün mit grüner Ampel ist. Die Wagen verkehren alle zehn Minuten.

Namen eines dritten, der vor Schluss der Sitzung die Amtsstube verlassen hatte, sagte Verlaß selbst hinzu. Der Gemeindevorsteher ging in seiner vermeintlichen „Machtvollkommenheit“ aber noch weiter. Als ihm nämlich eine Zeit darauf der Amtsvorsteher vorstellte, daß 25 Prozent Erhöhung jährl kaum ausreißend seien, und daß man eine Erhöhung um 125 Prozent hätte vornehmen sollen, änderte Verlaß das Protokoll in der Weise um, daß er vor die 25 eine 1 setzte. Diese eigenartige Auffassung von der Machtbefugnis eines Gemeindevorstehers brachte ihm nun natürlich eine Anklage wegen Urkundenfälschung ein, die um so schwerer war, da es sich hier um eine öffentliche Urkunde handelte, bei der die gesetzliche Mindeststrafe auf einen Monat Gefängnis lautet. In dieser Mindeststrafe verurteilte ihn die Strafkammer, indem es die Sache sehr milde aufnahm und dem Angeklagten zugestand, daß er sich der ganzen Schwere seiner Tat bei Begehung der Fälschungen nicht bewußt gewesen sei.

Abgefahren. Auf dem Flugplatz Berlin-Johannes-Flugplatz flüchtete am Abend der Schweizer Flieger Garbani mit seinem Digi-Flieger aus beträchtlicher Höhe ab und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, so daß er sofort nach dem Krankenbau gebracht werden mußte. Dort wurde er sofort einer gründlichen Untersuchung unterzogen und es ergab sich, daß sein Zustand zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gab. Die Ärzte zweifeln an jenem Auskommen.

Ein Duell mit tödlichem Ausgang. Am Dienstagabend fand zwischen dem Oberleutnant Sprenger vom 2. Badischen Feldartillerie-Regiment Nr. 30 und dem Oberen Franzing in Kaschau ein Duell statt. Sprenger starb heute. Die Ursache des Duells ist unbekannt. Selbstverständlich ist die beschädigte Ehre jetzt wieder glänzend repariert, nachdem man sich gegenseitig ansetzt wie die wilden Tiere und einer tot auf dem Platz blieb. — **Herliche Kulturleistungen.**

Grubenkatastrophe in Japan. In einem Bergwerk auf der japanischen Insel Jesso wurden durch eine Explosion 283 Bergleute verwickelt. Sie scheinen unrettbar verloren zu sein.

Käufliches Verschwinden eines Bankdirektors. Seit einigen Tagen ist der Direktor des Greifswalder Sparvereins Herr Los vermisst worden. Die Kasse soll sich in Ordnung befinden.

Urteil. Das Urteil im Gattenmordprozess Dodorff ist vom Schwurgericht des Landgerichts 3, Berlin, gefällt worden. Die Geschworenen verurteilten die Tötungsabsichten der Frau Dodorff und bejahten nur die Schuldfrage wegen Verlassen in hilfloser Lage. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis, welche Strafe der Gerichtshof durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtete.

Siebzehn Gehöfte vernichtet. Eine Feuersbrunst hat in Hohenwevel bei Marburg siebzehn Gehöfte vernichtet.

Verbrecherischer Anschlag auf einen Eisenbahzug. Als Ursache der Entgleisung eines Nordbahnzuges, der Mittwoch morgen Paris in der Richtung nach Calais verließ, wurde eine verbrecherische Handlung konstatiert. Die Schienen in der Nähe der Station St. Denis waren aufgerissen, und die Absicht war fraglos, daß der Zug über die benachbarte Brücke stürzen sollte. Dies wurde Dank der Geistesgegenwart des Maschinenführers vereitelt. Vier Personen, zwei Passagiere und zwei Bahndienstleute wurden verletzt.

Neue Verhaftungen von Mitgliedern der Bande Bonnots. Vor einigen Tagen war hier auf einen Mann ein Aktenlat verhaftet worden. Es hieß nämlich, daß der betreffende den Räuber Carouy an die Polizei verraten hätte. Am Dienstag hat nun in dieser Angelegenheit die Geheimpolizei den Geliebten der Schwester Carouys und einen jungen Mann verhaftet, der sich Calbourdin nennt, dessen wirklicher Name aber bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte.

5 Jahre Gefängnis. In dem Prozesse gegen den Kassendirektor im französischen Ministerium des Äußeren Hammond wegen Veruntreuungen amtlicher Gelder in Höhe von 216 000 Francs wurde der Angeklagte zu 5 Jahren Gefängnis und zu 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eine große Schlägerei. Eine große blutige Schlägerei spielte sich in Schöneberg bei Berlin ab. Dort waren mehrere italienische und deutsche Arbeiter miteinander in einen Streit geraten, der schließlich zu groben Tätlichkeiten überging, an denen auch die Wesser eine Rolle spielten. Die kämpfenden Parteien gingen mit Messern und Stöcken gegeneinander los,

während eine große Menschenmenge sich um die Kämpfer sammelte. Schließlich schiederte man Steine gegeneinander. Mehrere der Arbeiter blieben schwer verletzt auf dem Kampfplatze liegen. Die Polizei konnte erst nach längeren Bemühungen die Ruhe wieder herstellen. Einige von den Hauptstaatsanwaldern wurden verhaftet.

Milde Richter. Die 19-jährige Schauspielerin Ellen Schellwien, die ihren früheren Geliebten, den Referendar Richter, der die Beziehungen zu ihr abgebrochen hatte, im Apollotheater in Halle während der Vorstellung durch einen Revolveranschlag schwer verunzelt, wurde vom Schwurgericht Halle zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Geschworenen billigten der Schauspielerin mildernde Umstände zu.

Zu Tode geprügelt. Bestialische Rohheiten übten den 23-jährigen Arbeiter Boll und den 28-jährigen Arbeiter Albert Kojin vor das Kieler Schwurgericht, vor dem sich ein Bild entrollte, wie es schauerlicher nicht von einem Futuristen gemalt werden kann. Die beiden hatten ihren 60 Jahre alten Schlafgenossen, den Arbeiter Bade in Neu-Willenbeck so schwer mißhandelt, daß er den Verletzungen erlag. Und das alles geschah aus Mangel daran, daß Bade voll Unachtsam war. Die drei schliefen in einer Kammer, Boll und Bade hatten eine Zeit gemeinsam. Da Bade immer Ungeheuer hatte, verabredeten sich die beiden, daß beide neue Betten anziehen wollten. Bade, der dem Punkte ergeben war, vergaß dies aber und Boll verlangte nun, daß er sein Hemd ausziehe. Bade weigerte sich, worauf Boll ihn mit einem Faustschlag niederstreckte und Rosin den am Boden Liegenden mit seinen schweren eisenschlagenden Stiefeln stieß. Dann ging Boll in die Wirtschafft. Nachts um drei Uhr kam er heim und trieb Bade aus dem Bett heraus, um ihn „ordentlich zu dressieren“. Bade mußte auf allen vieren durch die Kammer kriechen, bis er nicht mehr konnte. Das Gericht verurteilte beide zu je fünf Jahren Gefängnis. Da keine ehrlöse Gefinnung vorzulegen habe, konnte nicht auf Zuchthaus erkannt werden. Es handelte sich allerdings um eine außerordentlich brutale Mißhandlung, die aber unter der Einwirkung von Alkohol geschah und aus menschlich verständlichen, nicht unehrenhaften Motiven heraus ihren Anfang nahm.

Eine Mitglieder-Agitation

beranlaßt der Sozialdemokratische Verein am nächsten Sonntag in allen Distrikten und Bezirken der Stadt Breslau. In alle Mitglieder ergeht deshalb das Ersuchen, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Was habe ich dabei zu tun? wird mancher fragen, der da noch nicht mitmacht. Nun, es geht von Haus zu Haus, von einem Volkswacht-Abonnement zum anderen, die wir ersuchen, dem Sozialdemokratischen Verein beizutreten. Es genügt nicht, seinem gewerkschaftlichen Verbände anzugehören und die Volkswacht zu lesen, man muß auch politisch organisiert sein, also Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins werden.

Der große Kampf der Armen und Unterdrückten um Brot und Freiheit kann nicht geführt werden ohne bedeutende Geldmittel, nicht ohne tausende und aber tausende Genossen und Genossinnen, die bei allen Parteilarbeiten mithelfen, damit wir immer weiter vorwärts kommen und unseren Einfluß im Reich, Staat und in der Gemeinde zu Gunsten des arbeitenden und leidenden Volkes stärken.

Mehr als 9000 Mitglieder, darunter 1200 Frauen und Mädchen zählt der Sozialdemokratische Verein Breslau. Was sie können, das kann allen anderen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht unmöglich sein. Wir dürfen aber nicht warten, bis all die Klassen Genossen selbst zu uns kommen und sich als Mitglieder anmelden; das tun sie meistens nicht. Darum müssen sie von uns an ihre Pflicht erinnert werden. Wir haben am Sonntag vormittags in ihre Wohnungen zu gehen und sie zu ermahnen, endlich auch der Partei beizutreten. Diese Arbeit ist nicht schwer, jeder kann sie ausführen, da Lust und Liebe im Vordergrund stehen, sie dauert auch nur ein bis zwei Stunden.

Genossen und Genossinnen! Die Zeit ist günstiger als je, der Boden ist gut vorgeädert. Kommt mit Mitglieder-Agitation am Sonntag, die uns neue Anhänger beschafft und zum Mitkämpfer. Auf zur Mitglieder-Agitation!

Sozialdemokratischer Verein Breslau. In einer außerordentlichen General-Versammlung am Montag im Gewerkschaftshause wird die Beratung über die neuen Statuten fortgesetzt. Der Vorstand erwartet zahlreichen Besuch. Nur Mitglieder haben Zutritt; als Ausweis dient das Mitgliedsbuch.

Aus der Konfektionsbranche. Eine für Konfektionsgeschäfte und Schneider wichtige Streitfrage wurde in der Sitzung des Gewerbegerichts vom 26. d. Mts. verhandelt. Es lagte die Firma Lippmann u. Sohn gegen den Schneidermeister Waloschitz auf Zahlung einer Konventionalstrafe von fünf hundert Mark. Der Meister, der vertraglich verpflichtet war, nur für die Firma zu arbeiten, tam dieser Verpflichtung nicht nach. Er machte gegen den Vertrag verschiedene Einwendungen, er habe sich in einem Rechtsirrtum bei Abschluss des Vertrages belunden, er sei gewissermaßen überredet worden. Die Höhe der Konventionalstrafe sei nicht angemessen. Es kam zwischen den Parteien ein Vergleich dahin zustande, daß die Firma ihren Klagenbruch zurückzuziehen, dagegen der Meister sich verpflichtete, die Arbeit bei der Klägerin auszuführen und nur allein für sie tätig zu sein. Eine Woche hielt der Beklagte Wort, er lieferte einige Stücke, dann aber übernahm der Arbeiter eine Konkurrenzfirma. Infolge der Verletzung strengte die Firma von neuem Klage an mit dem Antrage, jetzt entschieden auf Zahlung der im Vertrage festgesetzten Konventionalstrafe zu erkennen. Der Beklagte beantragte dagegen die Abweisung der Klage, er behauptete, er sei nicht tarifmäßig entlobt worden. Die Firma brach den Vertrag, nicht er. Das Gewerbegericht erachtete in dieser allgemein interessierenden Sache eine umfangreiche Beweis erhebung für geboten. Es kam darauf an, festzustellen, ob der Beklagte tatsächlich niedrigere Preise erhalten hat, als der Tarif sie verschreibt. Der Beklagte behauptete das, er habe für Burschen-Sacco's 1,50-1,75 Mk. erhalten, er hätte aber 2 Mk. bekommen müssen. Gutarbeiten müßten nach dem Tarif mit 25 Btg. pro Stück bezahlt werden, er habe nur 10 Btg. erhalten. Der Vertreter der klagenden Firma bemerkte dazu, daß in der Konfektionsbranche die Preise maßgebend seien, die im Lohnzettel verzeichnet sind, wenn dem Schneider die Löhne allzu niedrig erscheinen, dann müsse er sofort bei Übernahme der Stücke erklären, das ist mir zu wenig, dafür erhalte ich so und so viel. Das habe der Beklagte nicht getan, erst nach Ablieferung der Ware verlangte er einen höheren Preis. Für die Arbeiten sei ihm zu wenig gezahlt worden, das sei aber nicht mit Absicht geschehen, als es bemerkt wurde, sei ihm sofort das fehlende nachgezahlt worden. Selbst wenn das alles richtig wäre, was der Beklagte vorbringt, führe der klägerische Vertreter an, würde das noch kein Grund sein, den Vertrag zu brechen, er hätte dann nur einen Anspruch auf die Lohn Differenz. Das Gewerbegericht entschied zu Gunsten der Firma, der Beklagte habe den Vertrag rechtswidrig gebrochen und müsse die Folgen tragen. Die Strafe wurde als zu hoch angesehen, sie wurde auf 200 Mark herabgesetzt.

Zehnhundert-Tadenschluß. Der Polizeipräsident macht bekannt, daß am Freitag und Sonnabend vor Pfingsten, das ist der 24. und 25. dieses Monats, alle öffentlichen Verkaufsstellen bis zehn Uhr abends geschlossen bleiben dürfen.

Einzelhandel gelegentlich des Pfingstfestens. Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß für die anlässlich des Pfingstfestens auf dem Ferdinandsplatz an der Promenadenstraße (Kloppelweg) stattfindenden Volksbelustigungen am Pfingstmontag, den 27. d. Mts., für die Zeit von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends das Freiheiten von Blumen, Wackern, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, wie Glas, Porzellan, Kurz- und Gasarterienwaren, ferner von Obst, Wurstwaren, Fischen und sonstigen Lebensmitteln, sowie von festen, durch das 25. Polizeirevier für die Zeit des Pfingstfestens besonders zugewiesenen Standplätzen aus, als auch im Auf- und Abgehen auf dem bezeichneten Plage gestattet ist.

Die elektrische Straßenbahn Breslau hat im Monat April 131 592 Mk. eingenommen gegen 136 951 Mk. im April des Vorjahres. Hierin kamen auf den Bahnverkehr 101 291 Mk. (104 793 Mk. im Vorj.) und auf den Omnibusverkehr 30 101 Mk. (32 218 Mk.). Seit dem 1. Januar 1912 wurden insgesamt 477 900 Mk. gegen 482 550 Mk. in der entsprechenden Vorjahreszeit vereinnahmt. Hierin kamen auf den Bahnverkehr 364 039 Mk. (361 590 Mk.) und auf den Omnibusverkehr 113 861 Mk. (120 961 Mk.).

Straßenperierung. Wegen Kanalisierungsarbeiten wird die Markgrafenstraße ganz, und die Kreuzung Markgrafenstraße-Laurentiusstraße halbseitig auf sechs Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Verband der Sattler und Portefeuillier. Sonnabend, den 4. Mai, im „Grünen Beigel“ Mitglieder-Versammlung. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, wird das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bürger! Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr im Zimmer 3 des Gewerkschaftshaus Beschlus und Versammlung.

Die Klänge bei den Werben der Fuhrwerksbesitzerin Ottilie Grosse, Vincenzstraße 15, ist erloschen.

Warnung vor einer Schwindlerin. Unter dem Vorwande, eine Unterstützung verschaffen zu wollen, wußte sich eine Betrübterin in den letzten Tagen in die Wohnung verschiedener Familien einzunehmen zu verhaften. Sie versand dann die anwesenden Personen unter irgend einem Vorwand, auf kurze Zeit aus dem Wohnraume zu entfernen und benutzte dann die Gelegenheit, um Diebstähle auszuführen. Die Gaunerin ist etwa 40 Jahre alt und etwa 1,60 Meter groß und war bekleidet mit dunklem Rock und Umhangschürze.

Plötzlicher Tod. Am Mittwoch nachmittags gegen 3 1/2 Uhr wurde auf dem Ring in der Nähe der Stauensäule eine unbekannte Frau plötzlich umwohrt und brach zusammen. Der nachherige Schuttmann schaffte sie in das Rathaus und rief die Sanitäter der Feuerwehr herbei, die die Erkrankte mittels ihres Krankenwagens nach dem Allerheiligen-Hospital schafften wollten; die Frau verstarb jedoch schon unterwegs. Sie hatte nur noch anzugeben vermocht, daß sie auf der Altenstraße gewohnt habe.

Gelandete Knabenleiche. Dienstag vormittags wurde an der Bumpfation aus der Oder die Leiche eines Knaben gelandet, die als die des siebenjährigen Heinrich Kirchner von der Heinrichstraße ermittelt worden ist, der, wie erinnerlich, am 8. April beim Spielen auf der Ewigwiese an der Gröschelbrücke in die Oder gefallen und ertrunken ist.

Feuer. Am Mittwoch vormittags kurz vor 11 Uhr eilte die Feuerwehr nach Sadowastraße 4. Hier war in einer Wohnung Wäsche, die dicht an einem Ofen lag, in Brand geraten, das Feuer konnte aber bereits vor Ankunft der Wehr gelöscht werden.

Eine heftige Detonation erschütterte gestern Abend gegen 7 Uhr die Bewohner der Lehmgartenstraße. Spielende Kinder hatten dort einen Gegenstand gefunden, der vermutlich einem chemischen Institut verloren gegangen war. Sie spielten damit und warfen den Gegenstand schließlich in den Kanalschacht. Bei der Berührung mit dem Wasser erfolgte sofort eine heftige Explosion. Das Wasser wurde herausgeschleudert und zwei Knaben erlitten Brandverletzungen an Händen und Gesicht. Es handelt sich um die Schulfrauen Erich Schindler und Walter Schäfer.

Einbruch in ein Trogengeschäft. In der Nacht zum Montag sind Diebe in das Trogengeschäft Friedrich-Wilhelmstraße 6 einbrochen und haben 180 Mark Geld entwendet. Alles andere haben sie unberührt gelassen. Zugleich haben die Diebe von dem Klur aus einen Einbruch in das Freizeitspielgeschäft durchgeführt, wo sie auch nach Geld suchten, aber nur etwa 5 Mk. fanden.

Eine Geige im Werte von 800 Mk. ist in der Nacht zum Sonnabend aus einem Schaufenster gestohlen worden. Die Geige ist rotbraun, alt und mit einem Stradivariomodell, im Innern ein Zettel mit der Aufschrift: „Neue Cremona - Kunst-Instrumentenbau - G. m. b. H. Berlin, Dr. Max Großmann 1911.“ Auch der dazu gehörige Bogen ist mit gestohlen worden.

Geisler der Kriminalpolizei. In der Nacht zum Dienstag konnte die Kriminalpolizei den Einbrecher verhaften, der vor einigen Tagen den Einbruch in das Uhren- und Goldwaren-geschäft auf der Wallstraße ausgeführt hat. Es ist dies ein angeblicher Hausknecht namens Vargel. Er wurde bei ihm sieben der beim Einbruch gestohlenen Uhren vorgefunden. Aus er sie bei einem Wandleiher verpfänden wollte, ist er verhaftet worden.

Verloren wurden ein goldenes Kettenarmband, eine silberne Damenuhr, ein Portemonnaie mit ein-r goldenen Damenring, eine schwarz-seidene Damenhandtasche, ein braunes Jackett, eine goldene Halskette mit Medaillon.

Gefunden wurden eine Brille, ein Vincenz mit Goldfassung im Futter, ein goldener Ring, ein schwarzer Stock-schirm, ein Herrenrad und ein goldener Zylinder. - Zugelassen ist ein Dobermann-Vieler bei Klatt, Viererstraße 2 ein großer, gelber, langhaariger Hund bei Langer, Auguststraße 27.

Aus dem Landkreis.

Döw's. Freitag, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Gemeinde-vertretertag bei Grünwald mit reichhaltiger Tagesordnung. Alle Gemeindeglieder haben Zutritt.

Rathen. Freitag, den 3. Mai, abends 7 Uhr, bei Birne Gemeindevertretertag.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 21. bis 28. April 1912 erkrankten an Scharlach in Domschau 2 Personen und in Magdich 1 Person. Es starben an Scharlach in Domschau 1 Person und an Tuberkulose in Domschau, Kreika und Herrndorf je 1 Person.

Chausseiverengung. Wegen Fortschreiten der Unpflasterung der ehemaligen Altkönig-Chaussee Breslau-Schwobitz-Groß-Nählich in Schwobitz wird diese von Samstag, 7. 5. 1912, ab auf 3 Wochen für Fuhrwerk und Reiter gesperrt. Der Verkehr wird auf den Weg durchs Dominium verwiesen.

Quittung.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries for Porzellanarbeiter, Glasarbeiter, Barbier, etc.

Es steht noch ein großer Teil der Sammellisten aus. Die Listeninhaber werden hiermit höflichst ersucht, unverzüglich abzurechnen. Die Listen sind abzuliefern, ganz gleich, ob sie leer oder gezeichnet sind. Alfred P. Bert, Kassierer.

18. Quittung

über Einzahlungen für den Gewerkschaftshaus-Baufonds. Anteilsschein Nr. 1821 6 Mk., 1822 6 Mk., 1823 6 Mk., 1824 10, 1825 6, 1826 6, 1827 100, 1828 6, 1829 100, 1830 20, 1831 60, 1832 100, 1833 6, 1834 6, 1835 15, 1836 10, 1837 6, 1838 6, 1839 6, 1840 6, 1841 6, 1842 6, 1843 25, 1844 6, 1845 6, 1846 6, 1847 6, 1848 6, 1849 6, 1850 6, 1851 6, 1852 6, 1853 100, 1854 100, 1855 100, 1856 100, 1857 5, 1858 100, 1859 100, 1860 100, 1861 100, 1862 100, 1863 100, 1864 100, 1865 100, 1866 10, 1867 100, 1868 30, 1869 10, 1870 10, 1871 50, 1872 10, 1873 100, 1874 100, 1875 100, 1876 100, 1877 100, 1878 100, 1879 100, 1880 100, 1881 100, 1882 100, 1883 100, 1884 100, 1885 5, 1886 50, 1887 100, 1888 100, 1889 100, 1890 100, 1891 100, 1892 100, 1893 100, 1894 50, 1895 100, 1896 50, 1897 50, 1898 10, 1899 40, 1900 100, 1901 6, 1902 6, 1903 6, 1904 6, 1905 6, 1906 6, 1907 6, 1908 6, 1909 20, 1910 20, 1911 100, 1912 100, 1913 100, 1914 50, 1915 6, 1916 6, 1917 6, 1918 6, 1919 6, 1920 10, 1921 10, 1922 10, 1923 6, 1924 10, 1925 10, 1926 6, 1927 6, 1928 30, 1929 10, 1930 6, 1931 6, 1932 10, 1933 6, 1934 100, 1935 100, 1936 100, 1937 100, 1938 6, 1939 30, 1940 100. Wir bitten die Inhaber der vorstehend aufgeführten Anteilsscheine, diese Summen zu verzeichnen. Breslau, den 27. April 1912. Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H. Rich. Rasch.

Neueste Nachrichten.

Zur Maifeier.

London, 2. Mai. Im Hyde Park fand gestern nachmittag ein großes Meeting unter freiem Himmel statt. Ein großes Schirmmannaufgebot hatte sich dazu eingefunden, aber es verlief alles ruhig.

Madrid, 2. Mai. Ein großer Arbeiterumzug durch die Straßen Madrids hat gestern nachmittag aus Anlaß des 1. Mai stattgefunden. Dem Zuge voran wurden Schilder mit Aufschriften getragen, in denen der Wüstentag, die Abschaffung der Wahrgelunnen der Arbeiterverbände, die Einstellung des Krieges im Risgebiete und die völlige Amnestie der politischen Gefangenen verlangt wurde.

Paris, 2. Mai. Im Verlaufe der Abendstunden veranstalteten etwa 400 Kundgeber eine Demonstration auf dem Boulevard St. Michel, wo sie die Internationale absangen. Nach einem kurzen und unbedeutenden Zusammenstoß mit der Polizei und den aufbehaltenen Truppen wurden die Kundgeber auseinandergetrieben. Mehrere Festnahmen erfolgten auch auf dem Dantonplatz vor dem Justizministerium, wo eine Anzahl Kundgeber die Freilassung einiger Syndikalistten verlangten. Um 1 Uhr morgens war die Ruhe überall wieder hergestellt und die Demonstranten waren überall zerstreut.

Beschlagnahme.

Berlin, 2. Mai. Eine von den Anarchisten herausgegebene Mai-Fest-Zeitung wurde gestern nachmittag von der Polizei beschlagnahmt, allerdings erst, nachdem schon bereits eine größere Anzahl Nummern zum Verkauf gelangt waren. Mehrere Kolporteurs, die die betreffende Nummer der Zeitung auf den Straßen vertrieben, wurden festgenommen und ihre Bestände ihnen abgenommen. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Anarchisten wurde eine Kampagne gegen die deutschen Sozialdemokraten gehalten. Die Versammlung selbst verlief unter großem Lärm und wurde schließlich aufgelöst.

Zu Ende geführte Einigungs-Verhandlungen.

Berlin, 2. Mai. Der Nationalratung zufolge sind die Verhandlungen in der Einigungs-Kommission, die eine Vermittlung zwischen den Sozialliberalen und den Bekannten Reichstages des Zentralvorstandes suchen sollten, gestern zu Ende geführt worden. Die Einzelheiten sind vorläufig noch unbekannt, doch ist die Abreise der Vertreter zu vertragen, an dem Widerwille der Sozialliberalen gescheitert. Der Vertretertag wird also am 12. Mai dort stattfinden und sich mit dem Kompromiß zu beschäftigen haben.

Raubfall in einer Kirche.

Köln, 2. Mai. In der St. Albanikirche in Köln hat sich gestern eine aufregende Szene abgepielt. Dort verlor ein Mann eine Frau, die von der Sparkasse 14 000 Mark geholt hatte, die er stehlen zu wollen behauptete. Der Mann hatte die Auszahlung des Geldes in der Kasse begehrt und war der Frau gefolgt, vermutlich, um ihr das Geld beim Betreten eines Hauses im Flure zu entreißen. Sie ging aber in die Kirche und kurz vor Beendigung des Gottesdienstes verlor sie die Fremde doch nicht, zu seinem Ziele zu kommen. Er streute der Frau plötzlich ein Pulver ins Gesicht, doch hatte die Ueberfallene trotz des Schreckes noch so viel Geistesgegenwart, laut um Hilfe zu rufen, und sich gegen den Mann zur Wehr zu setzen. Es entspann sich in kurzer verwehelter Kampff zwischen der Frau und dem Mörder, dem es jedoch nicht gelang, in den Besitz der Geldtasche zu kommen. Einige Kirchenbesucher eilten zur Hilfe herbei, konnten aber den Verbrecher, der sofort floh, als er sah, daß die Frau Hilfe erhielt, nicht festnehmen. Dieser flüchtete und entkam.

Zum Proteststreik gegen das Senatsabst. Petersburg, 2. Mai. Der Proteststreik wegen des Lem- blaus des nimmt immer größere Dimensionen an. Gestern streikten bereits allein in Petersburg über achtzig tausend Arbeiter. Im Nuchon-Neuralogischen Institute und im Verlagsbüro haben die Studenten ihre Beschäftigung vollständig eingestellt. Der Streik scheint sich in den nächsten Tagen auch auf bestimmte Beamten-kategorien auszuweiten. Die Regierung trifft die üblichen russischen Vorkehrungen.

Nov'elet kontra Taft.

New York, 2. Mai. Im Staate Massachusetts ergab die gestern vorgenommene Wahl des Präsidenten der Vereinten Staaten für Taft die Summe von 74 808 Stimmen, für Roosevelt 71 202 Stimmen. Das Resultat wird von den Zeitungen als eine Niederlage Tafts gewürdigt und sie heben hervor, es zeuge dafür, wie wenig populär Taft in seiner eigenen Partei sei.

Zum Schutze der Truhtbestimmungen.

New York, 2. Mai. Das Komitee des Repräsentanten-hauses schlägt eine Bill vor, wodurch den ausländischen Schiffen, die sich gegen die Anti-Truhtbestimmungen verhalten, der Besuch der amerikanischen Häfen unterlagert wird.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with weather data for various locations including Breslau, Berlin, etc., with columns for date, time, and weather conditions.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with water level data for Breslau and other locations, including columns for date, time, and water level.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 2. Mai: Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billard-zimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-7 1/2 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 3. Mai: Chemigraphen. Versammlung im Zimmer 5. Sonnabend, den 4. Mai: Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5. Sonntag, den 5. Mai: Bürger. Vormittags 10 Uhr: Jahrtag und Versammlung im Zimmer 3. Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land) Neumarkt. Saubdistr. 3 (Gratz Schottwitz). Sonnabend, den 4. Mai, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Schottwitz. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen G. S. 2. Die Verhältnisse in Schwobitz. 3. Verzeichnis. 1. 5. 2.

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung, Dienstag, den 30. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstich: Dr. Solf.

Etat des Reichskolonialamtes.

Abg. Dr. Waldstein (Sp.): Auch wir wünschen die möglichste Einschränkung des Alkoholverbrauchs in den Kolonien, doch läßt sich diese Frage nur international regeln. Gegen die Konzeptionsgesellschaften im neuen Kongogebiet sollten wir loyal verfahren. Mit der Baumwollproduktion steht es keineswegs so schlimm aus, wie Herr Henke meinte. — Der neu zu schaffende Kolonialgerichtshof würde wohl am besten seinen Sitz im Sambura haben. Herr Henke erklärt die Kolonialpolitik als Imperialismus, das heißt Streben nach Weltbeherrschung. Glaubt er vielleicht, daß Holland bei seiner Kolonialpolitik nach Weltbeherrschung strebt? (Weiterleit.) Daß unsere Kolonialpolitik nicht lediglich im Interesse der Kapitalisten betrieben wird, beweisen die Klagen der Kapitalisten in den Kolonien über die zu große Rücksichtnahme auf die Eingeborenen. Auch aus den Diamantensunden ist ein großer Teil in die Taschen des Rißkus und nicht in die der Kapitalisten geflossen. Herr Henke meint, die Neger seien bildungsunfähig. Sollen wir deswegen ihre Bildung unterlassen? (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Ich erinnere Herrn Henke an die Worte, Bernsteins auf dem internationalen Sozialistischen Kongress in Stuttgart: „Wir dürfen unsere Kolonien nicht aufgeben, weil sie sonst anderen Großen in die Hände fallen.“ In diesem Sinne war auch dort die von den deutschen Sozialisten beschlossene Resolution gehalten. (Hört, hört! bei den Volksparteilern.) Leider ist die deutsche Sozialdemokratie in ihren kolonialpolitischen Anschauungen heute noch sehr konservativ; aber wir gehen die Hoffnung aus die Wirklichkeit der Sozialdemokratie nicht auf, dann würde es auch gelingen, in der Kolonialpolitik manches so umzugestalten, wie wir es wünschen. (Bravo! b. d. Volksparteilern.)

Abg. v. Liebert (Rp.):

Mit der völligen Abwertung der Kolonialpolitik stimmt Herr Henke mit anderen Sozialdemokraten, wie Bernsteins und Schipvel nicht überein. Auch Herr Hue hat noch im Dezember 1911 erklärt: „Unter Berufung nicht auf Maxenbrecher und Bildebrandt, sondern auf Hebel kann ich sagen, daß wir Sozialdemokraten keine grundsätzlichen Gegner der Kolonialpolitik sind. (Hört, hört! rechts.) Wir halten es für notwendig, daß für die Industrie neue Absatz- und Absatzgebiete geschaffen werden.“ Herr Hue wendet sich nur gegen die brutale Methode der Kolonialpolitik. Aber die grausamen Brutalitäten liegen doch 20 Jahre zurück, heute kommen sie nicht mehr vor. (Widerbruch b. d. Sp.)

Der häufige Gouverneur- und Beamtenwechsel in den Kolonien ist nicht erfreulich. Den Anstellern sollte man es erleichtern, Boden zu erwerben. In der „Leipziger Volkszeitung“ wird behauptet, die Regierung diene den Farmern als Jurist, sie dulde, daß Arbeiter aus dem Inland zu den Farmern geschleppt werden, wo sie zu elendem Lohne arbeiten müssen und mit der Peitsche mißhandelt werden. Von A bis Z ist alles unrichtig. Dem Geiern von dem Abg. Erzberger begründeten Antrag, auf Abschaffung der Hausflaverei, stimme ich zu, doch sollte der Termin von 1920 noch auf 3 oder 5 Jahre hinausgeschoben werden. Der Baubauweg in Süd-Kamerun, verdient noch eifrigere Förderung. Den Widerstand gegen die Süd-Kamerunbahn sollte man aufgeben. — In der Kommission wurde auch ein Antrag gestellt, in Ostafrika die allgemeine Schulpflicht einzuführen. Glücklicherweise ist er nicht angenommen. Wir tun für die Neger, was wir irgend können, aber alles können wir nicht auf einmal tun. Zunächst ist es wichtig für ihn, zur Religion und zur Arbeit erjogen zu werden. (Bravo rechts.)

Abg. Noße (Soj.):

Das Programm des Herrn Liebert für die deutschen Kolonien lautet: „Arme Teufel haben in den Kolonien nichts zu suchen, steht auf dem Asteau seiner Schlußfolgerung, man habe keinen Anlaß, den Negern Bildung beizubringen, für sie sei die Hauptsache: arbeiten. Weiter behauptet er, die Kolonialpolitik sei human geworden, es kämen keine Ausschreitungen mehr vor und er bestreitet, daß heute noch Arbeiter auf den Plantagen geprügelt werden. Das beweist, daß er die Zeitrechnung über die Entwicklung der Schutzgebiete bis zum Jahre 1910 nicht gelesen hat. (Sehr richtig! bei den Soj.) Es ist auch noch gar nicht lange her, daß der Staatssekretär Fernberg in der Budgetkommission von seiner afrikanischen Reise erzählte und in drastischer Weise auseinandersetzte, wie sehr noch die Nilpferdpeitsche auf den Plantagen benutzt wird. Herr Waldstein wies gegenüber Henke darauf hin, daß der Rißkus 33% Prozent der Erträge des Diamantbaues bekommt. Das bekommt doch aber der ostafrikanische Rißkus, das deutsche Volk hat davon nicht einen Pfennig und nicht ein Pfennig wird verwendet, um auch nur einen Teil der vierhundert Millionen Mark Kriegskosten zurückzahlen. In der Kommission haben wir uns bemüht, eine Verzichtserklärung des Reichsausschusses von über 80 Millionen Mark in die Wege zu leiten. Diese Bemühungen finden ein sonderbares Echo in den Mäusen der Vorredner nach mehr Bahnen in den Kolonien. Daß auf diesem Gebiet Vorsicht geboten ist, sollte doch mindestens denen klar sein, die an Kommissionsberatungen teilgenommen haben. An Bahnbauten für Südwestafrika ist viel gearbeitet, daß wir, falls die Einnahmen aus den Diamanten sich verringern, nicht unerhebliche Reichsmittel werden zur Verfügung stellen müssen zur Verzinsung und Amortisation dieser Bahnen. (Hört, hört! bei den Soj.) Herr Erzberger glaube, die Aufstellungen meines Fraktionsfreundes Henke haben wesentlich anders geklungen, als die von Ledebour und mir. Ich kann ihm das Kompliment nicht machen, daß er zur Militärvorlage besser geredet hat, als sein früherer Fraktionskollege Pausler und auch sonst waren seine Ausführungen keineswegs interessanter und angenehmer für den Reichstag, als zum Beispiel die eines Kollegen Peim. Mir erscheint es näherliegend, auf den Unterschied hinzuweisen, wenn Herr Erzberger über den Kolonialetat im „Tag“ schreibt und hier im Reichstag darüber redet. Gleich nach dem Erscheinen des Etats wies er im „Tag“ darauf hin,

daß so die Wirtschaft nicht weitergehen könne.

der Beamtenapparat wachse erschreckend an, man müsse versuchen, die Militärausgaben in Südwestafrika ganz außerordentlich herabzudrücken. In der Kommission hat Herr Erzberger sich ja auch im Sinne der Sparsamkeit bemüht. Aber hier im Plenum hörten wir kein Wort davon. Durch die Rede Henkes wurde er vielmehr zu einer Lobrede auf den Kolonialetat veranlaßt, die im drastischen Gegensatz zu seinen schriftstellerischen Ausführungen steht. Er hat an Henke die Frage gerichtet, ob er denn gar keine Kolonien wolle. Herr Erzberger und die anderen Vorredner sollten doch wissen, daß die sozialdemokratische Partei auf mehreren Parteitagen sich grundsätzlich gegen die kapitalistische Kolonialpolitik ausgesprochen hat. Selbstverständlich haben Sozialdemokraten zum Ausdruck gebracht, daß sie an sich gegen die Erschließung neuer Länder nichts einzuwenden haben. Mancher der deutschen Kolonialenthufasteten, der sich jetzt noch für die Kolonialpolitik zu begeistern scheint, würde nach den gemachten Ausführungen nicht zum zweiten Mal die Worte von Kolonialpolitik Beamten, die Deutschland eingeschlagen

hat. Ich erinnere an den Ausspruch eines der bekanntesten nationalliberalen Abgeordneten.

daß wir Kiautschau nicht noch einmal pachten würden, daß wir es aber behalten müssen, weil uns sonst die ganze Welt auslachen würde. Und so pachten wir nach wie vor 7 bis 8 Millionen Mark aus den Taschen der deutschen Steuerzahler heim. Und Schwefelsteine! Sind nicht die allerersten Reichsrenten, die früher von unierer Seite geführt wurden, noch übertrifft worden? Was in der Kommission über Südwestafrika geredet worden ist, war ein Hammerloch schamloser Art von Anfang bis zu Ende. (Hört, hört! bei den Soj.) Ich behaupte, daß der nationale Wohlstand durch unsere Kolonialpolitik bisher auch nicht um einen roten Pfennig verbessert worden ist. Wir haben annähernd 1000 Millionen in die Kolonien hineingesteckt und es ist keine Rede davon, daß wir in den letzten 25 Jahren auch nur für einen kleinen Bruchteil an deutschen Industrieprodukten nach allen erdichten Kolonien zusammen verkauft haben. Nach Südwestafrika haben wir 600 Millionen Mark in reinem deutschen Gelde exportiert und haben dafür 8000 Tawakle, für die 4 1/2 Millionen Mark Kosten bezahlt worden. (Hört, hört! bei den Soj.) Wir Sozialdemokraten haben doch schließlich keinen Anlaß, kolonialbegeisterter zu sein, als das Kolonialamt selbst. Auch ich bin fest davon überzeugt, daß die Masse des deutschen Volkes, insbesondere die Arbeiter, von der Kolonialpolitik keinen Vorteil haben. Aber diese Anschauung hat uns niemals gehindert, uns mit beiden Reinen seit auf den Boden der gerechsten Forderungen zu stellen. So lauge wir an kolonialpolitischen Fragen Stellung genommen haben, haben wir immer das Beste für unser Volk gezeigt.

Wirtschaften an der Reichsregierung von Miffständen in den Kolonien, Kultur in den Kolonien zu verbreiten und darauf hinzuwirken, daß der Ausbruch und Interaktion der einander gegenüber, wie der weißen arbeitenden Bevölkerung in den Kolonien wirksam entgegengetreten wird. Die Wirtschaft der Baumwollstraßen haben wir keineswegs verläumdet, Henke hat nur, bevor er sich unvorsichtiger Erwartungen über die Folgen der Baumwollkultur in den Kolonien hinzuweisen. Auf demselben Standpunkt steht auch die Denkschrift der Regierung. Die Regierung ist nicht so töricht, den Leuten solchen Berge als Erfolg der Kolonialpolitik zu prophezeien. Im übrigen haben wir Sozialdemokraten stets für die Forderungen zur Ordnung der Baumwollkulturen in den Kolonien gestimmt. (Hört, hört! b. d. Soj.) Der Abg. von Liebert aber wird in seiner Eitelkeit als Nicht-ratsmitglied von sehr taugen kolonialen Baumwollkulturen selbst wissen wie vorsichtig man bei Beurteilung der Baumwollfrage in den Kolonien sein muß. (Hört, hört! b. d. Soj.)

Tatsache ist, daß wir nach 25-jähriger kolonialer Tätigkeit das erreicht haben, daß im ganzen 21 667 Weiße, Männer, Frauen und Kinder in allen deutschen Kolonien wohnen können. (Hört, hört! b. d. Soj.) Davon waren männliche Personen über 15 Jahre 14 467 darunter 927 Millionäre. Dabei gibt es nicht weniger als 4114 Beamte in den Kolonien. Es kommt also auf je 2 Weiße immer ein Beamter, ein Schulkamerad oder ein Bureauist. (Hört, hört! b. d. Soj.) Es erscheint mir ganz ausgeschlossen, d. h. auch nur etwas Nützliches von Beamtenherrschaft in irgend einer Kolonie eines anderen Landes möglich ist. (Sehr wahr! b. d. Soj.) Es ist erklärlich, daß von der Bevölkerung der Kolonien immer der Schrei kommt, wir können beim besten Willen nicht vorwärts kommen,

die Beamten fressen ja die Kolonien auf.

Der Geist, der bei einem nicht geringen Teil der Beamten in den Schutzgebieten herrscht, lehrt uns, wie außerordentlich verhängnisvoll der Nulterakt in den Tropen für Weiße ist; das kameradische Verhältnis unter den Beamten draußen läßt viel zu wünschen übrig.

Nur die Kolonien ohne Kiautschau betragen der Reichszuschuß 20,9 Millionen, einschließlich Kiautschau 28,5 Millionen. Für jeden draußen sitzenden Deutschen werden dadurch vom Reiche 2574,50 M. aufgewendet. (Hört, hört! b. d. Soj.) Da wäre es besser, diese Leute hier als Rentiers leben zu lassen, dann bliebe das Geld wenigstens im Lande.

Dem Bedauern, daß es nicht gelungen ist, eine weitere Einschränkung der Beamtenzufuhr durchzuführen, schreibe ich mich an. Ohne Rücksicht auf das Verhalten anderer Kolonialmächte sollte Deutschland ein vollkommenes Verbot der Spirituszufuhr in den Kolonien erlassen. (Zust. b. d. Soj.) Mit Recht sprach Henke davon, daß das Großkapital sehr wenig Geld für die Kolonien zur Verfügung stellt. Das Großkapital hat oben eine feine Nase für den Profit, es bezieht sich auf Gründungen und häßt die faulen Klitten nachher liegenden Leuten an. (Widerbruch rechts.) Wer nur einarmen die Vorkenntnisse verleiht, weiß das doch. Unter dem Vorwand einer solchen taugen Gründungsaktion prangt auch der Name Generalleutnant v. D. Gouverneur a. D. — Mitglied des Reichstages Herr von Liebert — (Lebh. Hört, hört!) Gerade er hätte allen Anlaß, nicht dazu beizutragen, daß das bisherige Kolonialbegehren bei den kleinen Leuten durch solche böse Erfahrungen zu Grunde gerichtet werden. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soj.) Gegen Henke ist gesagt worden, wir sehen die Interessen der Arbeiter aus, wenn wir uns nicht für die Kolonialpolitik einsetzen. Nun, in den tropischen Gebieten ist keine Arbeitsgelegenheit für sie, und nach Südwestafrika will man keine Leute auch nicht hineinfließen. Die meisten Arbeiter, die hinausgegangen sind, haben sehr traurige Erfahrungen gemacht. (Sehr wahr! b. d. Soj.) Man hält uns die kulturelle Arbeit entgegen, die in den Kolonien geleistet wird. Damit machen wir doch nur in bescheidenem Maße aus, was vorher geäußert ist. In beiden ostafrikanischen Aufständen hat man mehr als 200 000 Menschen niedergemacht. Wir haben lange Kulturarbeit zu leisten, ehe diese mit deutschen Vorkenntnissen gewissermaßen wieder ausgefüllt ist. (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soj.) Herr Erzberger hatte kein Wort der Kritik für die Rechtfertigung gegen die Eingeborenen. In Ostafrika haben wir in einem Jahre 10141 Rekrutierungen zu langjähriger Gefängnisstrafe gehabt. (Hört, hört! b. d. Soj.) Die Windhüter Landeskommission findet hierfür einen recht plausiblen Grund, sie sagt, man verhängt diese zahlreichen Strafen, um zahlreichere Arbeiter für die neuen Bauten bei den Eisenbahnen zu haben. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soj.) Auch Prügelstrafen sind im starken Maße verhängt worden. Durch die Prügel geht die Nachricht, daß Herrgott Adolf Friedrich von Mecklenburg Gouverneur von Togo werden soll. Nach manchen Aufstellungen von ihm scheint er ein Freund von Prügelstrafen zu sein, dann scheint er uns wenig geeignet für einen solchen Posten. (Sehr richtig! bei den Soj.)

Der Resolution über die

Aufhebung der Flaberei

stimmen wir natürlich zu. Das Ertragssteuern am Etat ist, daß größere Mittel zur Förderung der Eingeborenen-Kultur eingesetzt sind. Die Sorge um das Schutzwesen hat man bisher den Missionen überlassen. Henke's Ausführungen über die Missionsschulen sind mißverständlich worden. Den persönlichen Opfermut der Missionare erkennt er durchaus an; aber der Unterricht darf natürlich nicht ihnen allein überlassen werden. Trotz unserer grundsätzlichen Ablehnung der Kolonialpolitik arbeiten wir doch mit aller Kraft darauf hin, daß mehr als bisher Gerechtigkeiten und Menschlichkeit in den Kolonien zur Geltung kommt. (Bravo! bei den Soj.)

Staatssekretär Dr. Solf: Es wird mein Bestreben sein die Kolonialverwaltung aus den Fittichen ihrer bösen Fee, der demoralisierenden Politik herauszuführen; die Kolonialpolitik soll kein

Zinnenspieler für die Betätigung von Parteiinteressen sein. Beständig der Baumwollkultur können wir hoffnungstreue in die Zukunft leben. Die Betätigung von Beamtentum und Justiz in den Kolonien muß beseitigt werden; der neue Entwurf für den Kolonialgerichtshof wird dem Reichstag hoffentlich recht bald vorgelegt. (Bravo.) Die Betätigung der Hausflaverei hat gute Fortschritte gemacht; für restlose Beseitigung möchte ich mich jetzt noch nicht auf einen Termin festlegen. In Bezug auf das Alkoholverbot sehe ich ganz auf dem Standpunkt des früheren Staatssekretärs Fernberg. Ein internationales Abkommen ist bisher an dem Widerstand Frankreichs gescheitert. (Beifall rechts.)

Abg. Schwarze-Vippstadt (Zentr.) Auf die Bemühungen Henke, seinen Freund Henke zu verteidigen, kann ich nur sagen: „Alle Mühe ist verloren, weiß ich malchen demnächst Mohnen.“ (Beifall.) Einen geordneten Rechtschutz in den Kolonien wünschen alle Parteien. (Zust. im Zentr.) Hiermit verlaßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Vorher Wahlprüfungen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

52. Sitzung, Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstich: Dr. Solf.

Die Wahl des Abg. Kretsch (kons.) wird für gültig erklärt über die Wahl des Abg. Pauv (Soj.) wird Beweisführung beschlossen.

Etat für das Reichskolonialamt.

Abg. Dr. Pasche (Nat.): Wir hoffen, daß bald auch die Sozialdemokraten in der Kolonialpolitik mit reiben werden, die freisinnige Volkspartei hat ja ertragsweise schon ihre Haltung geändert. Eine Einschränkung des Beamtenapparats ist wünschenswert, auch, aber wir können doch nicht alle an der Kulturarbeit beteiligten Beamten, wie Eisenbahningenieur, zu dem bürokratischen Beamtenapparat rechnen. Nicht im Interesse einiger Spekulanten, im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegt die Kolonialpolitik. (Bravo b. d. Nat.) Besonders wichtig ist bei dem Klima in den Kolonien der Alkoholgenuß, dem in erschreckendem Maße auch die Beamten huldigen. Die Alkoholfrage läßt man nicht mit Verböten des Alkoholgenußes für den Neger, der Weiße muß mit gutem Beispiel vorangehen. (Bravo!)

Abg. D. Müller-Meinigen (Sp.):

Da unsere nach Zentralafrika geplanten Bahnen sich nur rentieren können, wenn sie genügend Güterzufuhr aus dem Kongogebiet haben, so muß die Konsoakte hoch gehalten werden, die heute fast ausschließlich durch die belgische Regierung verkehrt wird. Unhaltbar sind unsere kolonialen Rechtsverhältnisse. Wie sieht es mit der von uns verlangten Sanierung des Eingeborenen-Rechts. Erstunlich ist, daß das Urteil im Falle Wecker noch immer nicht zu uns gelangt ist, während der Angeklagte selbst schon vier Wochen in Stuttgart lebt. Kammerverhandlungen sind die Schulverhältnisse in den Kolonien; von den Rekrutierungsschulen müssen viele Schüler, die sich melden, zurückgewiesen werden.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.):

bittet um Annahme der von seiner Partei eingebrachten Resolution, die eine Einschränkung des Alkoholimports und das baldige Wiederauftreten der Beamten Konkurrenz zur Revision des afrikanischen Spiritusverhandels fordert.

Abg. Ledebour (Soj.):

Ähnliche Ausführungen wie von Herrn Waldstein habe ich auch schon von anderen Freisinnigen gehört, die als vorübergehende Erscheinungen im Reichstag waren. (Weiterleit.) Auch der neue Staatssekretär, der wegen seiner Stellung den Nimbus besonderer Sachkenntnis hat, sagte, er habe aus den Erfahrungen hier im Hause die Überzeugung gewonnen, wie Sozialdemokraten würden uns helfen und nach 5 Jahren eine Kolonialpartei sein. Diese Hoffnung muß ich ihm leider verweigern. Wir Sozialdemokraten bekämpfen die Kolonialpolitik grundsätzlich. Daß wir trotzdem gewisse Vorschläge unterstützen und selbst Verbesserungen vorbringen, darüber wundern wir uns nicht. Der Staatssekretär nur deshalb weil er in seinem Sitz in Samoa, wo er mit Blumen im lockigen Haar wandelte (Weiterleit, weil der Staatssekretär eine Glare hat, nur die Norddeutsche Allgemeine Zeitung und ähnliches las. Wir würden ja in unserem eigenen Lebensmerkmal Gesicht schlagen, wenn wir die Hand dazu bieten wollten, wenn irgendwo in der Welt mit Mitteln des Reiches und der Staatsgewalt

freie Völker

gezwungen werden, sich den Deutschen zu unterwerfen. Wie man in Europa die Unterdrückung fremder Völker bekämpfen, die einem anderen Staatesweilen engagiert sind, so müssen wir auch die Unterdrückung freier Völker bekämpfen, die zufällig von gelber oder schwarzer Hautfarbe sind. Trotzdem kommen wir um die Tatsache nicht herum, daß das Deutsche Reich sich solche Gebiete angeeignet hat, und selbstverständlich sind wir als Volkspartei gezwungen, uns an den Arbeitern des Reichstages zu beteiligen. D. h. wir dabei so viel wie möglich in unsere Sonne verbessernd zu suchen wirken, ist nicht Neues. Herr Solf meinte, bei der Erwerbung unserer Kolonien hätte eine böse Fee ihnen das Geschenk in die Wiege gelegt, daß die Abgeordneten die Kolonialpolitik von Parteirücksichten aus behandeln — als es in der ganzen Welt große Parteien anders als nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebildet werden, von denen sie die gesamte Politik aus behandeln müßten. (Sehr richtig! b. d. Soj.) Bei diesen Worten des Staatssekretärs erinnerte ich mich an den Vers: „Ob dieser Auskunft dieses Kammerherrn Joches erfolgte ein allgemeines Schütteln des Kopfes.“ (Weiterleit.)

Abg. Colthorn (Welsch) warnt vor zu optimistischer Bewertung der Baumwollplantagen in den Kolonien.

Abg. Davidson (Soj.): Bei der Bekämpfung des Alkoholimports kann man nur durch eine gute Vorbild wirkliche Erfolge erzielen. Der Tropenkollekt ist, wie die Wissenschaft feststellt hat, nichts anderes als eine Art delirium tremens. Man darf daher bei der Entziehung des Alkohols zwischen Weißen und Schwarzen nicht differenzieren wollen. Daß auch in den Tropen Weiße ohne den Alkohol leben können, zeigt das Beispiel des Sohnes des Abg. Dr. Pasche, der mit seiner Frau Monatelang durch Afrika gereist ist, ohne einen Tropfen Alkohol mitzuführen. (Weiterleit.) Das ist eine sehr ernste Sache. (Sehr richtig! bei den Soj.) Die Kolonialverwaltung möge dafür sorgen, daß vor allem ihre Beamten in der Alkoholfrage den Schwarzen mit gutem Beispiel vorangehen.

Damit schließt die Debatte. Der Titel „Staatssekretär“ wird bewilligt.

In der Resolution Mumm beantragt Abg. Davidson (Soj.) das Wort „Eingeborenen“ zu streichen, so daß der Alkoholimpost nicht nur für die schwarze Bevölkerung, sondern überhaupt verboten werden soll. Dieser Antrag wird angenommen und dann die so veränderte Resolution Mumm. Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Zum Etat für Ostafrika

beantragt die Budgetkommission, die Hausflaverei vom 1. Januar 1920 an aufzuheben.

Abg. Erzberger (Zentr.): Herr Henke hat rechtlich sehr sachgemäß, die Katholiken in Togo beten das Marienbild an.

Mohrback schreibt aber gar nichts von Unselben, sondern von Ver-
ehren. In seinem Telegramm hat Herr Dörmel den von ihm
gebrauchten Ausdruck „unselben“ in „verehren“ verändert. (Hört,
hört! i. Zentr.)

Abg. Dr. **Arndt** (Apt.): Die Eingeborenen lebten vorher
nicht etwa in einem glücklicheren Zustand, sondern sie litten Not
und lebten in Mangel. Die Deutschen sind hingekommen als
Kolonialherren. (Sehr richtig! rechts.) Eine andere, als eine
kapitalistische Politik gibt es nicht.

Abg. **Grüne** (Soz.): In dem Telegramm meiner Rede
habe ich das Wort „unselben“ in „verehren“ geändert, weil das
Wort „unselben“ ein sehr persönliches Verhältnis des Unselbenden
zu dem Angebeteten voraussetzt, wie es bei dem Völkervertrag
Ansehens oder Verehrung des Unselbenden nicht annehmen
kann. Gegen die Personen der Missionare waren meine Aus-
sagen nicht gerichtet. Auch ich weiß, daß die Missionare
in Ostafrika der Kultur gewesen sind, aber auch, daß sie vor
allem Pioniere des Kapitalismus gewesen. (Sehr richtig!
h. d. Soz.)

Abg. **Moße** (Soz.): Herr Arndt sprach, was kapitalistische
Kolonialpolitik sei. Ich erinnere ihn daran, wie er selbst einmal
die Entstehung einer kolonialen Schwindelerklärung geschildert
hat. Ihm zu wissen, wer sich an solchen Geschäften beteilige,
braucht sich Herr Arndt nicht weit umzusehen. (Hört, hört!
h. d. Soz.)

Aus den eigenen Worten des Herrn Arndt geht hervor,
daß die kapitalistische Kolonialpolitik nicht getrieben wird, um
den Schwärzen Kultur zu bringen, sondern um die Weißen
zu bereichern. Gewiß hat die Kolonisation den Ein-
geborenen manche Kulturfortschritte und Vorteile gebracht. Ich
erinnere an die Bekämpfung der Schlafkrankheit, aber dafür
wurden wieder neue Seuchen hingetragen, wie der Typhus und
die Tuberkulose. — Herr Arndt hat dem scheidenden Gou-
verneur noch einen Tribut versetzt. (Abg. **Redebour**: einen
Arbeitsvertrag (Apt.), und von dem neuen Gouverneur eine
Erklärung der Siedlungspolitik erhalten; dann würde die Mehr-
heit des Reichstages wohl mit dem neuen Gouverneur ins Ge-
richt gehen. Das Altes Altes erlaubt keine Bescheidung
durch Weisung; sie hätte zu fordern, wäre eine geradezu mör-
derische Politik. Wir wünschen, daß auch der neue Gouverneur
auf dem bisherigen Wege fortfährt, die Kultur der heimischen
Bevölkerung zu heben und Lehrer für sie anzustellen, aber
keine Wege darf sie die bisherige Siedlungspolitik im Sinne
des Abg. Arndt ändern. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. **Arndt** (Apt.): Auswärtige des Kapitalismus,
auf die der Abg. Moße sich stützt, mißbilligen wir ebenso wie
er. Sachkennner behaupten, daß in den hoch gelegenen Gegenden
Ostafrikas sehr wohl eine Siedlungspolitik möglich ist, die
keineswegs eine mördische genannt werden darf. (Bravo!
rechts.)

Abg. **Wöhler** (Apt.): Wir schließen uns der
Anerkennung für den Gouverneur von Reichenberg an, die Herr
von Liebert ausgesprochen hat. (Bravo! rechts.)

Die Debatte schließt. Die Resolution der Budgetkommission
betreffend Abschaffung der Hausflaxerei wird angenommen. Der
Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Etat für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, eine
Einschränkung des Alkoholverbrauchs durch Erhöhung des Zolls
auf Branntwein und Beschränkung der Lizenzen herbeizuführen.

Abg. **Moße** (Soz.): Den Eingeborenen soll bei der von den
Weissen in Südkamerun geforderten Selbstverwaltung nicht die
geringste indirekte Mitwirkung zugestanden werden. Den
Weissen kommt es vor allem darauf an, unbeschränkte Herren
im Lande zu sein. Darum werden sie sich auch a. V. gegen den
Brennrußigen Antiprügel zu stellen. Die Kameruner können
besseren sich sogar darüber, daß der Galleen zu wenig benutzt
wird. (Zuruf h. d. Soz.: Höhere Kultur!) In Südkamerun
konfliktiert man die Ländereien der Eingeborenen, durch deren
Behaltung sie ihren Unterhalt finden. Der Eisenbahngesellschaft
sind Ländereien in so großem Maße verliehen worden, daß ihr
Interesse jetzt auf die Verwertung dieser Ländereien gerichtet ist.
Sehr zu verurteilen ist das Geschäftsgebeten der Südkameruner,
sie protestieren aus Konkurrenzneid gegen die

Niederlassung von Negern als Händler.

Bei der Raubgütergewinnung überwiegen sie die Ein-
geborenen, indem sie ihnen ohne Rücksicht auf den Weltmarktpreis
denselben sehr niedrigen Preis zahlen. Sie haben dazu ein
Spezialgesetz erlassen, das am 1. Oktober abläuft. Die Regierung
sollte dafür sorgen, daß dies nicht wieder zustande kommt. Das
Tampulsystem mit den darauffolgenden Einreichungen hat in
Südkamerun zu den blutigsten Unfällen geführt, und wir
haben allen Anlaß, in Kamerun nicht ähnliches herbeizuführen.
Verordnungen zum Schutze der Eingeborenen werden immer
auf das Geschrei der Südkameruner Firmen hin wieder außer
Anwendung gesetzt. In der Denkschrift der Verwaltung wird
versucht, die Tatsache zu verschleiern, daß eine große Anzahl von
Arbeitskräften bei den Wegebauten aus Mangel an Verpflegung und
Überanstrengung gestorben sind. Beim Bau der Mittelbahn
mussten Arbeiter zwangsweise herangezogen werden. Jahr für
Jahr bekommen wir Berichte über Expeditionen gegen Ein-
geborene. Es werden dabei förmliche Menschenjagden veranstaltet.
Herr Dernburg nannte das Zeitalter der Kriesszüge für Kamerun
das Geldzeitalter; wir halten es für einen Rückfall in die
Barbarei, gegen den wir auf das energischste protestieren. (Weiter-
heit bei den Soz.)

Abg. **von Tschert** (Apt.) bedauert, daß der Staatssekretär
gegen das Projekt der Südkameruner Bahnen abgelehnt hat und
behauptet, daß die Gründungen, an denen er sich beteiligt, „saule“
genannt werden dürfen.

Staatssekretär **Dr. Solz** betont, er habe sich nicht grund-
sätzlich gegen eine Bahn in Südkamerun gewandt, er sei für eine
Zweigbahn vom Inland an die Küste, nicht nur für eine
Eisenbahn.

Damit schließt die Debatte, die Resolution der Budgetkom-
mission wird angenommen, der Rest des Etats wird debattelos
genehmigt, ebenso der Etat für Togo und der für Neu-
Guinea.

Darauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Rest des Kolonial-
etats. Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung.)
Schluß 7 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung, Dienstag, den 30. April,
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Solz.

Der Etat des Innern.

Abg. **Overhage** (konf.) beschäftigt sich mit den Klagen über
die konservative Agitation des Landrats Dr. von Engelmann in
Böhlau. Mitterer hat nur der Staatsbürger Dr. v. Engel-
mann, nicht der Landrat. (Sehr heftig! rechts.)

Abg. **Rambold** (freikons.) behauptet, daß die sozialdemo-
kratischen Wahlkontrollen an manchen Orten von den Wahl-
geschwägern bewirkt worden seien. Im übrigen möge man sich
vor diesen Wahlkontrollen hüten.

Abg. **Rambold** (Soz.) klagt über Rechtsbeugungen gegen-
über seinen Landsleuten. Ein Amtsvorsteher erklärte, seit 1795
gäbe es kein polnisches Reich und kein polnisches Volk. Aber
das polnische Volk wird weiter bestehen durch Gottes Willen.
(Beifall bei den Polen.)

Minister **v. Dallwitz** erklärt die Beschwerden des Vor-
redners als teils unberechtigt, teils unbegründet.

Abg. **Wöhler** (Soz.) führt aus, daß von rechts wegen
jedermann der Reichstagswahl betrogen könnte, nicht wie das
Kammergericht meine, nur jeder deutsche Wähler. Wenn an-
ständige Wahlen eingeführt werden, wird ein Teil der
Zuständigkeit der Wahlkontrollen überflüssig sein.
v. B. z.

Abg. Dr. **Friedberg** (All.) hält die Anlagen gegen den
Landrat Dr. v. Engelmann in Böhlau aufrecht. Heute hat
Abg. Overhage zugunsten dieses Herrn ausgesprochen, daß er auch
in gegnerischen Versammlungen aufgetreten sei. Wenn des
gleichen Vorgehens hat der Kultusminister den Seminarlehrer
in Magmit gemahnt!

Minister **von Dallwitz**: Gleich dem Kultusminister
verweise auch ich ein öffentliches agitatorisches Vorgehen der
Beamten.

Abg. **Trimborn** (Zentr.) empfiehlt zur Vorbildung der Ver-
sicherungsbeamten die Verwaltungshochschule in Aßlu.

Die Polizeiverwaltung in Groß-Berlin.

Abg. Dr. **Well** (Zentr.) wünscht eine zentralistische Organi-
sation der gesamten deutschen Kriminalpolizei.

Minister **von Dallwitz**: Wir arbeiten an den Vor-
bereitungen.

Abg. Dr. **Siebnacht** (Soz.): Es sollten überall Wahl-
legitimationen ausgestellt werden. Nötig ist die Organisation der
Wahlprüfungsausschüsse. Auch der Propagandaausschuß Groß-Berlin
verlangt das. Aber die staatliche Polizei erklärt überall, eine
staatliche Wahlprüfungsdienstliche es nicht geben. Die staatliche
Wahlprüfungsdienstliche aber verlangt. Dem Kinderelend der Großstadt
muss viel entschiedener entgegengetreten werden. Die Ein-
bürgelungen der Schwärzen machen es nötig, der Kinder-
verpflanzung, Engländererei, Kinderausnutzung und dem
Alkoholismus entgegenzutreten. Die Polizei vertritt ihre Kräfte
sinnlos, weil sie sich in erster
Linie als Kriminal- und Sittenpolizei fühlt. Man photo-
graphiert Leute für das Verbrecheralbum, die bloß wegen
Vollzeivergehens verhaftet wurden. Die Veröffentlichungen
der Polizei eines Eitelkeuchers durch die „Zeit am
Montag“ löst eine tiefe Korruption in der Sitten-
polizei entgegen. Aus Anwesenheitsgründen wird von den
Beamten förmlich Jagd gemacht, um Mädchen, gegen die
sie kein Verwehmaterial haben, ins Garn zu locken. Die
Verfahrenen auf den Polizeiwachen müssen endlich einmal auf-
gehört. Der Minister hat nicht geantwortet, auf meine
Anfrage auf die Polizei, die in der Presse den unheimlichen Ge-
wehrschwarzschabel in Vichtenberg als sozialdemokratischen
Mörder hinführt. Kein Wunder: hat doch Herr v. Dallwitz als
anhaltender Minister ebenfalls gegen unsere Partei eine unbe-
gründete Verdächtigung erhoben und sie nicht zurückgenom-
men, als schon die ganze anständige Presse dies getan
hatte. (Hört, hört! h. d. Sozialdemokraten.) In dem schlechten
Verhältnis zwischen der Berliner Bevölkerung und der Polizei
sind nicht die Beamten schuld, sondern die politischen
Schichten und das aufreizende Auftreten, wozu sie ge-
zwungen werden. Bedauerlich ist, daß das Polizeipräsidium
den Entschädigungsprozess der Witwe Herrmann so lange
hinauszögert hat. Aber jetzt ist der Prozess doch zur
Entschädigung verurteilt worden. Der Redner tritt dann in
längeren Ausführungen gegen die einwirkende rekrutierung
Behandlung der Berliner Schulleute durch gewisse Vorgehens-
maßnahmen, namentlich jüngere Lehramts und gegen die erbitternden Altes-
trafen wegen geringfügiger Disziplinarverletzungen energisch auf
und betont, daß sich die Polizeibeamten immer mehr an die
Sozialdemokraten wenden. Er verurteilt es, daß beim Ver-
arbeiterkreis Grubenbeamte, also Anstaltler der einen Partei des
Lohnkampfes, zu Polizeibeamten gemacht wurden. Sie waren
auch die rüchichtslosten und brutalsten. Voraussetzung für ein
erfreuliches Verhältnis zwischen Polizei und Publikum ist ein
Bruch mit der bisherigen Praxis, daß die Polizei als Werkzeug
der politischen und wirtschaftlichen Machthaber betrachtet wird.
(Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Siebnacht** (Soz.) rät die Milde, mit der der
Generalkommissar behandelt wurde, der die Mitgliederliste
des Streikverbandes sich beschafft und dem Streikverband aus-
geliefert hat.

Minister **v. Dallwitz**: Es wurde auf die höchste zulässige
Geldstrafe erkannt. Entlassung hätte nur im Disziplinar-
gerichtsverfahren erfolgen können und wäre nach der Lage des
Falles und bei der Unbescholtenheit des Beamten nicht verhängt
worden.

Abg. **Hoffmann** (Soz.) rät zur Vorsicht bei Verwendung
von Polizeibeamten. Ihren ist nicht nur menschlich, sondern auch
hündisch. Es können da sehr leicht harmlose Liebespaare ange-
fallen werden, wenn die Polizeibeamte die Anlagen absuchen.
Weiterberatung: Mittwoch 11 Uhr.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Wehrvorlagen in der Budget- kommission.

Am Dienstag gab der Kriegsminister v. Seeringer in der
Budgetkommission des Reichstages vor Eintritt in die Tages-
ordnung eine Erklärung zu seinem Zusammenstoß mit dem
Generalmajor wegen der Duellfrage ab. Er habe in der Erregung
eine Unvorsicht begangen, die zu Mißverständnissen führen könne.
Das in der Presse kolportierte Wort: „Ein Offizier, der sich
nicht weigert, wasse nicht mehr in diese Gesellschaftskreise
hinein“, sei von ihm nicht gesprochen worden. Er würde sich
auch nicht in Widerspruch mit der Kabinettsordre gesetzt haben,
die bestimmt, daß eine Duellverweigerung aus religiösen Mo-
tiven niemals zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Ver-
fahrens gemacht werden dürfe. Der Arzt Sambeth habe nicht
aus religiösen, sondern auch aus anderen Gründen das Duell
verweigert, darum sei er ausgedrängt worden, seinen Abschied
einzureichen in Uebereinstimmung mit der Auffassung der ganzen
Armee. Der Kriegsminister betraute es noch wie vor als seine
Aufgabe, das Duell zu belächeln, aber gewaltiam sei das nicht
möglich und werde erst eintreten, wenn der Schutz der persön-
lichen Ehre gefährlich erachtet worden ist.

Die Kommission beschloß, die ganze Duellangelegenheit be-
sonders zu behandeln, sobald die vom Kriegsminister abgegebene
Erklärung schriftlich vorliegt. Die Sozialdemokraten brachten
eine Resolution ein, in der der Reichstagsler ersucht wird,
Schriften gegen das Duellwesen zu tun in der Richtung, daß
jeder Offizier oder Militärbeamte, der zum Duell herausfordert
oder eine Herausforderung annimmt, aus dem Streikverbande
entlassen werde.

Weiter brachten die sozialdemokratischen Mitglieder einen
Antrag ein, daß die Mannschaftslösung vom 1. Oktober 1912
um 10 Wg. pro Tag erhöht wird.

Zur Beratung der Wehrvorlagen gab der Kriegsminister
ein militärisches Situationsbild, wobei er Schwarz in Schwarz
malte und den Mangel der Jugendausbildung in Deutschland
betonte. Die Kommission beschloß die Geheimhaltung
dieser Darlegungen. Der Minister soll jedoch die Ausführungen,
die er glaubt der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können,
schriftlich zur Verfügung der Kommissionsmitglieder niederzulegen.
Generalmajor **Wendel** ergänzte die Ausführungen des Kriegs-
ministers durch eine Detailschilderung. Auf Verlangen der
Kommission sprach der Staatssekretär von Kiderlen
über die politische Lage im allgemeinen, welche Aus-
führungen ebenfalls geheim gehalten werden. — In der
Debatte regte Abgeordneter **Erzberger** an, Deutschland
solle die Wehrung der Neutralität von Belgien und Holland über-
nehmen. — Abgeordneter **Redebour** vertritt die ablehnende
haltung der Sozialdemokratie gegen die Wehrvorlagen. Wenn
der Kriegsminister die mangelnde Ausbildung der Jugend in
Deutschland betonte, so sei ihm zustimmend, und die Regierung
hätte alle Ursache, die Jugendbewegung aller Parteien zu
fördern, sofern sie sich die körperliche und geistige Ausbildung
der jungen Leute angelegen sein lasse. Gerade der Sozial-
demokrat **Rebel** habe seit Jahrzehnten die systematische
Körperpflege der Jugend im Reichstage propagiert. Endlich
folge ihm jetzt auch die deutsche Wehrverwaltung. Die Sozial-
demokratie bekämpfe die neuen Rüstungen und fordere eine ver-
nünftige und friedliche Politik im Verkehr mit anderen Staaten.
— Abgeordneter **Bassermann** trat dem Kriegsminister bei;

es sei nicht zu schwarz gemalt worden. — Abgeordneter **So**
he in bekämpfte einen Teil der Darlegungen der Regierung und
wies darauf hin, daß zur Erhaltung der Wehrfähigkeit un-
ihrer Förderung die Lebensverhältnisse großer Volk-massen ge-
hoben werden müssen. Die deutsche Politik schaffe uns
sehr viele Geener, die sonst Freunde sein würden. Die russische
Gefahr werde von der Regierung sehr überschätzt, schon der
inneren Verhältnisse Russlands wegen. — Im weiteren Verlaufe
der Debatte wendete sich der Kriegsminister gegen die Wieder-
einführung der Ersatzreserve mit kurzer Dienstdauer; es fehle auch
vollständig das Menschenmaterial zur Ausbildung der Ersatz-
reserven.

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder brachten
am Mittwoch zur Beratung der Wehrvorlagen folgende Anträge
ein:

1. Während der Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere
sind Mannschaften der Kavallerie und zeitenden Artillerie die
ersten drei, alle übrigen Mannschaften das erste Jahr zum un-
unterbrochenen Dienst bei den Truppen verpflichtet.

2. Keinem Angehörigen des Heeres darf aus seiner reli-
giösen und politischen Ueberzeugung ein Nachteil erwachsen.

Bei der Weiterberatung bemängelten konservative Redner,
daß die Regierung nicht mehr gefordert hat. Der Abgeord-
nete **Cramer** forderte die Bildung von acht Kavallerie-Divisio-
nen, die Kosten kämen nicht in Betracht. In längeren ver-
traulichen Darlegungen lehnte der Kriegsminister die Bildung
von Kavalleriedivisionen der Kavallerie ab, wie er betonte, in
Uebereinstimmung mit allen maßgebenden Stellen im Heere.

Abg. **Erzberger** tritt für die Vorlage deshalb vornehmlich
ein, weil Deutschland in Zukunft vor einem Kriege gegen drei
Fronten — Rußland, Frankreich, England einschließlich Belgien
und Holland stehen werde. Abg. **Redebour** äußerte sich
eingehend zur Frage der Neutralität von Holland und Bel-
gien und forderte ein deutsche Friedenspolitik, die die Möglich-
keit kriegerischer Verwickelungen hermindert. Vor allen Dingen
müsse eine Verständigung mit England angestrebt werden.

Abg. **Erzberger** bekämpft die Redebour'schen, bei der Wehr-
vorlage deutschen Vorgesetzten für die Mannschaften vorzuziehen,
Gerade die Arbeiter sind von solchen Stimmungen frei, sie ha-
ben ganz andere Interessen zu vertreten, als Militärspolitik zu
betreiben. Die Rede des Ministers im vorigen Jahre über inter-
nationale Verständigung der Nationen hat bei anderen Männern
das schon vorhandene Mißtrauen gegen Deutschland wesentlich
erhöht, besonders bei den kleinen europäischen Staaten. Wenn
Deutschland in Wahrheit durch unsere fehlerhafte auswärtige Poli-
tik isoliert worden ist, so muß auf eine Umkehr abgedrungen
werden, sonst ist eine Militärvorlage die andere. Außerdem
fordern wir Bestätigung der Dienstzeit und Aufhebung des Ein-
jährig-Wehrübungs-Privilegs. Die Vorarbeiten der Regierung,
daß die Wehrstärke des Heeres nicht in dem gleichen Maße
wie die Bevölkerung gemindert sei, sei total falsch. Bei einer
Bevölkerung von 45,2 Millionen im Jahre 1890 standen 433.705
gleich 0,958 Prozent der Bevölkerung unter Waffen. Im Jahre
1910 dagegen von 64,9 Millionen Einwohner 679.857 gleich
1,04 Prozent.

Der Kriegsminister wendete sich sehr lebhaft gegen diese
Anregungen, besonders gegen die Abschaffung der Dienstzeit.
Ein Mißverständnis sei ein Unmögliches bei der gegenwärtigen
Situation. Lebhaft kritisiert wurde es, daß die Regierung sich
auch bei den vertraulichen Besprechungen über die inter-
nationale Lage so zuwagt, daß sie die Kommission sich
unmöglich ein Bild davon machen kann. Staatssekretär **von**
Kiderlen lehnte ausdrücklich eine genaue Parolierung ab,
auch über Verhandlungen mit England will er sich nicht äußern.
Abg. **Redebour** weist auf die fundamentalen Unterschiede zwi-
schen stehendem Heer und Militärsystem hin und betont die Bedeu-
tung der letzteren Systems für die Landesverteidigung. Der
Redner kritisierte die meistens unverständliche Geheimnistuerei
der Regierung, die sich auf Dinge erstreckt, die jedem be-
kannt sind, der die einschlägige Literatur herauf. Es soll eben
nur nach außen der Mensch ein erwidert werden, als ob der
Kommission sachverständige Staatssekretäre verraten worden
seien, die die Wehrvorlagen beurteilen. Gegen diese Verleumdung
müsse energisch protestiert werden. Im Plenum habe die Re-
gierung auf die Kommission vertraut und nun diese sie dieser
nicht. — Die Beratung wurde sodann auf Donnerstag ver-
tagt.

Briefkasten

100 Z. 1. Gewerbeinspektion in Dessau in Schil. 2. Ein
Gewerbegericht besteht dort nicht; Sie müssen die Klage beim
Amtsgericht einreichen.

3. Königshütte. 1. Nein, die Haushaltsgegenstände und
die Hochzeitsgeschenke brauchen Sie nach dem Tode der Frau
da die Schwiegereltern nicht zurückzugeben. 2. Wenn keine Kinder
da sind, müssen Sie nach Abzug der Verzinsungskosten die
Hälfte der Versicherungssumme an die Schwiegereltern zahlen.

4. Breg. Erkundigen Sie sich beim Genossen **Far**
min, Gerberstraße 2; wir kennen die dortigen Rechtsanwältin
nicht.

5. E. 79. 1. Die Landesversicherungsanstalt Schlesien
beruht im Wege des Heilverfahrens auch künstliche Gerüste.
Die Uebernahme des Zahnheilverfahrens wird aber in der Regel
an die Bedingung geknüpft, daß sich der Erkrankte und die
Krankenkasse, deren Mitteil er ist, an den Kosten beteiligen.
Die Kasse soll gewöhnlich zwei Fünftel, der Kranke ein Fünftel
der Kosten tragen. Kommt keine Krankenkasse in Frage, so zahlt
die Anstalt meistens drei Viertel, der Kranke ein Viertel. 2.
Lagerhalter-Verband (F. Reinhold) in Leipzig-Lindenau,
Markt 17) mit der Lagerhalterzeitung.

Jasmazi
ist der Begriff für
auserlesene
Dualitäts-
Cigaretten!

Probe überzeugt
kaufen Sie die Marken:
Unsere Marine 2 Pfg.
Jasmazi - Dubec 2 1/2
Elmas 3-5

Überall u.
allermeist!